

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Patrik Köbele, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

*Renate Münder*

## **EDITORIAL**

Um eines der zentralen Themen der Auseinandersetzung innerhalb der Linken, nämlich das Verhältnis Europäische Union und Nation und welche Haltung dabei die Europäische Linkspartei einnimmt, kreisen mehrere Artikel dieses Hefts. Kann die EL für ein soziales, friedliches Europa, als Plattform für die Überwindung des Nationalismus agieren, wie sie vorgibt? Angesichts der ausgeprägten Hierarchie in der EU, ihres imperialistischen Verhaltens nach außen und innen, der Entwicklung privilegierter Nationen und vor allem des bedrohlichen Wachstums der deutschen Vorherrschaft scheint das unseren Autoren eine gefährliche Illusion. So fragt Sepp Aigner „Wo sitzt die Macht?“ – ist sie in Brüssel zu bekämpfen? Oder nicht doch „in Berlin, London, Paris, Madrid, Rom ...?“ Pablo Graupner konstatiert bei der EL „Spaltung im Namen der Einheit“. Die Zugehörigkeit zu dieser reformistischen und linkspluralistischen Partei ist unserer Meinung nach keine nebensächliche Entscheidung, sie hat negative Rückwirkungen auf die dort organisierten Parteien (diese Einschätzung schließt Bündnisse mit der EL natürlich nicht aus). Eine von ihnen ist die griechische Syriza, deren Entwicklung und Programmatik Udo Paulus schildert, auch um das Verhalten der griechischen kommunistischen Partei ihr gegenüber verständlicher zu machen.

Richard Corell befasst sich mit der Frage, wie sich die Linke von der EU-Kritik der faschistischen und ultrarechten Kräfte abgrenzen kann, was ohne klassenmäßigen Bezug, proletarischen

Internationalismus und der Verteidigung der Rechte der abhängigen Länder nicht möglich ist. Wer eine theoretische Einführung in das gesamte Problem sucht, dem empfiehlt Johannes Magel das Buch von Stefan Bollinger *Linke und Nation*, eine Sammlung und Kommentierung von Texten aus der kommunistischen Weltbewegung.

Ein Beitrag zum syrischen Bürgerkrieg von Toto Lyna befasst sich mit den Interessen und Machenschaften des deutschen Imperialismus in Syrien, die selbst vielen Linken verborgen geblieben sind. Und Sebastian Carlens untersucht, wie das Entstehen einer neofaschistischen Terrorzelle (NSU) möglich war.

Zur Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft liegt von Ludwig Jost eine Kritik des Tarifabschlusses in der Metallindustrie vor, der zwar schon einige Zeit zurückliegt, dessen Bewertung wir aber für notwendig halten angesichts der positiven Bewertungen, die er erfahren hat. Die Antwort auf die Frage, wie wir von der herrschenden Sozialpartnerschaft zu einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik kommen können, wird immer dringlicher. Bernd Blümmel schildert, wie in der Arbeit mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten des Betriebs das Ziel einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik und Klassenbewusstsein entwickelt werden kann.

Doch mehr als die Arbeit mit den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb bestimmt der kommende Parteitag der DKP im März nächsten Jahres die in-

nerparteiliche Diskussion – die Auseinandersetzung nimmt an Schärfe zu. Die Strömungen innerhalb der Partei ringen um die Hegemonie, und ihr Streit erscheint manchen Genossinnen und Genossen akademisch. Doch die Entscheidung über die „grundsätzlichen Identitätsmerkmale einer kommunistischen Partei hat konkrete Auswirkungen auf ihre aktuelle Politik, auf ihre Aktionseinheits- und Bündnispolitik“ und letztlich auch auf ihre „konkrete(n) Tagespolitik“, wie Patrik Köbele in seinem Referat zur Organisationspolitik auf der PV-Sitzung am 15. 9. 2012 ausführte.

Kann ein Antrag an den Parteitag, der versucht, die Differenzen zu ignorieren und auf gemeinsame Ziele zu setzen, die Einheit der Partei befördern? Wir meinen, die Meinungsverschiedenheiten müssen geklärt werden, wobei Patrik Köbele und der Landesvorstand der DKP Berlin verschiedene Herangehensweisen dabei vorschlagen.

Doch noch einmal sei betont: Die Differenzen innerhalb der DKP werden nicht in theoretischen Debatten entschieden, nicht durch Berufung auf Lenin-Zitate oder Bezugnahme auf das DKP-Parteiprogramm. Die Umsetzung der theoretischen Konzepte in Agitation und Propaganda, in die Praxis des Tageskampfes unter den Gesichtspunkten einer langfristigen Strategie, das wird über die Zukunft der Partei entscheiden.



# ZUR ORGANISATIONSPOLITIK DER DKP

Referat auf der Tagung des Parteivorstands am 15./16. 9. 2012 (Gekürzte, redigierte, autorisierte Fassung)

Die organisationspolitischen Überlegungen einer kommunistischen Partei leiten sich aus drei Quellen ab: dem grundsätzlichen Wesen, der Identität und Aufgabenstellung einer kommunistischen Partei, den Kampfbedingungen, unter denen sie wirkt, dem organisationspolitischen Zustand der Partei selbst. (...)

Unser grundsätzliches Ziel beschreiben Marx und Engels im Kommunistischen Manifest mit dem Satz: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ – der Kommunismus, die klassenlose Gesellschaft. Diese Etappe setzt eine vorgelagerte Gesellschaftsformation voraus, in der die Produktivkräfte zur Entfaltung kommen und damit den Kernsatz ermöglichen „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinem Bedürfnissen“. Eine Gesellschaftsformation, in der die Menschheit sich von dem Ballast und dem Ungeist von hunderten von Jahren Ausbeutergesellschaft befreit, eine Welt, in der der Sozialismus/Kommunismus zumindest das massive Übergewicht gewonnen haben und die Ausbeutergesellschaften entweder überwunden oder zumindest so massiv in Schach gehalten werden, dass von ihnen keine Bedrohung mehr ausgehen kann.

Deshalb wird diese Gesellschaftsformation, die wir zur einfacheren Abgrenzung Sozialismus nennen, eine Leistungsgesellschaft sein – sie muss ja das Wachstum der Produktivkräfte ohne Ausbeutung und im Einklang mit der Wahrung der Lebensbedingungen von Natur und Menschen erreichen. Und es wird eine Gesellschaft sein, die sich nach außen gegen die existierenden Ausbeutergesellschaften, aber auch nach innen gegen deren Überreste wehren müssen wird.

Weil diese Zwischen-Gesellschaftsformation notwendig ist und weil wohl Walter Ulbricht Recht hat, der ihr eine

relative Eigenständigkeit und Dauer bescheinigt hat, stellen wir in unseren programmatischen Dokumenten vor allem den Weg zum Sozialismus dar und orientieren auf ihn. (...)

- Sozialismus erfordert als Grundbedingung die politische Macht der Arbeiterklasse, die sie, vor allem unter Bedingungen des monopolistischen Stadiums des Kapitalismus, in der Regel im Bündnis mit anderen ausgebeuteten Klassen und Schichten erringen wird.
- Diese Macht, die man als politische Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Klassen und Schichten bezeichnen kann, die unsere Klassiker „Diktatur des Proletariats“ nannten, wird die neue herrschende Klasse nutzen müssen, um dem vormals herrschenden Kapital die Grundlagen seiner früheren Macht, die Produktionsmittel, zu entreißen.
- Seine Macht und der Besitz der Produktionsmittel wird genutzt werden müssen, um die planvolle Entwicklung der Produktionsmittel und der Gesellschaft anzugehen.

(...) Vor wenigen Wochen hielt ich die Rede der DKP auf der Trauerfeier für unseren Genossen Hans Heisel. In der Vorbereitung fand ich ein interessantes Zitat zur Konterrevolution in der SU und den europäischen sozialistischen Ländern von ihm: „Der Kommunismus ist eine vollkommene Lehre, aber sie muss mit Geschick und Genauigkeit umgesetzt werden. Der Kommunismus beruht nicht auf einem Irrtum, aber eine Anhäufung von Irrtümern hat ihn zugrunde gerichtet.“

Dürfen wir behaupten, dass die Weltanschauung des Kommunismus eine vollkommene Lehre ist? Ich halte diese Aussage für eine unverzichtbare Voraussetzung einer kommunistischen Partei, wobei diese Lehre vor allem ein Instrument zur Erkenntnis der Welt in ihrer Veränderung ist, die sich dabei

selbst immer wieder verändern und weiterentwickeln muss.

Dennoch kann es immer nur eine Annäherung an die absolute Wahrheit geben, weil diese selbst unerreichbar bleibt. Eine andere Weltanschauung, die dialektisch-materialistisch ist und davon ausgeht, dass alles, auch die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, auf Gesetzmäßigkeiten beruht, gibt es nicht. (...) Stimmt diese Aussage, verfügen die Marxisten-Leninisten über das Instrument, das zu erkennen – sie werden dabei immer auch irren. Stimmt sie nicht, dann wird es den Sozialismus höchstens als Wunschvorstellung geben.

Unverzichtbare Voraussetzung für die Konstituierung der Partei als kommunistische ist also die Anerkennung der Erkennbarkeit der Welt und des Instruments der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus als der einzigen Weltanschauung, die dazu in der Lage ist. Genau diese Frage steckt letztlich hinter der Diskussion, die wir seit langem in unserer Partei führen, und sie macht auch einen zentralen Unterschied zwischen den Diskussionsbeiträgen von Hans-Peter Brenner und Leo Mayer aus, die wir vor kurzem in der UZ veröffentlichten.

Die Debatte berührt noch eine zweite Frage. Die Arbeiterklasse heute ist in Teilen, wenn auch in relativ kleinen, mit hochkomplexen Technologien konfrontiert. Die Arbeit mit ihr sagt alleine noch nichts darüber aus, ob man nicht doch letztlich nur Anhängsel dieser „Maschine“ ist. Selbst diese Teile der Arbeiterklasse entwickeln – insofern sie sich nicht korrumpieren lassen – bestenfalls das, was Lenin „trade-unionistisches“ Bewusstsein nannte. Sie erkennen die Einzelwidersprüche, die ihre Lage bestimmen, sie erkennen jedoch nur selten den Grundwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital. Und selbst wenn sie ihn erkennen, dann begreifen sie nicht die Interessenidentität zwischen ihren Interessen und denen der gesamten Arbeiterklasse, also z. B. den Ausgegrenz-

ten, den Arbeitslosen oder den Hartz-IV-Empfängern. Sie erkennen nicht die Notwendigkeit, dass zur Überwindung des Einzelwiderspruchs der Grundwiderspruch überwunden werden muss, und dass dies heißt, den Kapitalismus zu stürzen und durch die politische Macht der Arbeiterklasse (...) für den Aufbau des Sozialismus zu ersetzen.

Die Schlussfolgerung daraus ist ebenfalls in unserer Partei umstritten, nämlich dass die Hauptaufgabe der kommunistischen Partei in der Formierung der Arbeiterklasse von einer Klasse an sich zu einer Klasse für sich besteht, was die Erkenntnis der eigenen Lage als Teil der Klasse und der Lage der Klasse im Grundwiderspruch voraussetzt.

Eine weitere Voraussetzung ist die Gewinnung der Hegemonie der revolutionären Weltanschauung. Deshalb sind Aussagen wie in den *Thesen* und wie aktuell von Leo wiederbelebt, dass der Sozialismus „das gemeinsame Projekt von **gleichberechtigten** unterschiedlichen sozialen und **weltanschaulichen** (...) Kräften sein wird“ [1], falsch und meiner Meinung nach mit der Identität einer kommunistischen Partei unvereinbar. Der Sozialismus wird ohne die Hegemonie der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus in der Arbeiterklasse und ohne die Hegemonie der Arbeiterklasse in der Bewegung für den Sozialismus nicht zu haben sein.

Dementsprechend unterscheidet sich die Rollenbestimmung der kommunistischen Partei. „Es liegt auf der Hand, dass die Methode der Belehrung, der Aufklärung und der Agitation, die darauf zielen ein ‚falsches Bewusstsein‘ durch ein vermeintlich ‚richtiges Bewusstsein‘ zu ersetzen, nicht funktioniert haben“ [2]. Diese Position steht einer Position entgegen, die davon ausgeht, dass „die Partei, in all ihren Widersprüchen und Unzulänglichkeiten, das allgemeine Medium ist, in dem sich der Klassenkampf und also der Kampf um die Befreiung der Menschen mit dem fortgeschrittensten, weil wissenschaftlich sich begründenden Bewusstsein vollzieht.“ „Sie (die Partei) ist die institutionelle Daseinsform, in der die geschichtliche Bewegung die (wenn sie erfolgreich ist) zur Aufhebung der Klassengesellschaft führen wird, ihre bewusste (reflektierte) Gestalt gewinnt.“ [3]

Die grundsätzlichen Identitätsmerkmale einer kommunistischen Partei haben konkrete Auswirkungen auf ihre aktuelle Politik, auf ihre Aktionseinheits- und Bündnispolitik auch in nicht-revolutionären Phasen des Kampfes, (...) schließlich auch in der konkreten Tagespolitik.

Als Beispiele nenne ich:

- Unser Streit darüber, ob Positionen unserer Schwesterparteien, dass es derzeit in ihren Ländern vor allem um die Verteidigung der nationalen Souveränität geht, richtig sind oder ob sie die Gefahr eines reaktionären Nationalismus in sich tragen.
- Unser Streit darüber, ob Aktionen und Reformforderungen der Europäischen Linkspartei zur Reform der Europäischen Zentralbank eine richtige Kampfperspektive darstellen oder ob sie illusionär sind und die Kämpfenden falsch orientieren.
- Unser Streit um die Rolle, die wir in der Europäischen Linkspartei spielen und die die Europäische Linkspartei für uns spielt.
- Unsere Differenzen in der Einschätzung von „Bewegungen“ und unserer Aufgaben in ihnen.
- Unser Streit über die Beurteilung von Entwicklungen in der Gewerkschaftsbewegung und unserer Aufgabe in der Arbeiterbewegung und den Organisationen der Interessenvertretung. (...)

#### Quellen:

- [1] Politische Thesen, 5. Kapitel, These 2, Absatz 4
- [2] Leo Mayer, UZ vom 20. 7. 2012
- [3] Hans Heinz Holz, Niederlage und Zukunft des Sozialismus, Essen 1991, S. 51 u. S. 53



*Vorbemerkung: Im Folgenden dokumentiert T&P einen Beschluss des Berliner DKP-Landesvorstands. Da er stark gekürzt ist und auch die Fußnoten fehlen, weisen wir darauf hin, dass die vollständige Fassung nachzulesen ist unter <http://anstoss.dkp-berlin.info/>. Das Sekretariat des DKP-Landesverbandes Berlin weist darauf hin:*

- 1. Der Berliner Landesvorstand lehnt – wie der Stellungnahme zu entnehmen ist – den Antrag des Parteivorstandes ab. Selbstverständlich wird der Landesvorstand aber sehr genau verfolgen, inwieweit es gelingen kann, durch Änderungsanträge die festgestellten Defizite des Antrags zu beheben. Den Schwerpunkt der Parteitagvorbereitung wird der Landesvorstand aufgrund begrenzter Kräfte auf die Erarbeitung eines eigenen Antrags legen.*
- 2. Das, was in der Stellungnahme des Landesvorstandes als eigener Antrag angekündigt wurde, soll in seiner Ausrichtung eine Handlungsorientierung für die DKP sein und ist in diesem Sinne kein Gegenentwurf zum Antrag des Parteivorstandes.*

*Stellungnahme des DKP-Landesvorstands Berlin*

# ZUM ANTRAG DES DKP-PARTEIVORSTANDS „ANTWORTEN DER DKP AUF DIE KRISE“ AN DEN 20. PARTEITAG DER DKP 2012

Nach den Diskussionen über den Antrag „Antworten der DKP auf die Krise“ auf den Landesvorstandssitzungen am 5. August und 2. September 2012 sowie Diskussionen in einer Reihe von Gruppen im Landesverband stellt der Landesvorstand fest:

1. Im Antrag wird der Versuch unternommen, verschiedene Positionen in der Partei zu grundlegenden Fragen, wie der Entwicklung des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium, der Rolle der Arbeiterklasse, und nicht zuletzt der Rolle der Partei unter den Bedingungen des derzeitigen Krisenverlaufs, in einem Antrag zusammenzufassen.

Der LV Berlin vertritt die Position: Die Differenzen innerhalb der Partei zu den genannten Punkten behindern die Entwicklung der Partei – nicht nur theoretisch, sondern in der Konsequenz auch in ihrem praktischen Handeln.

Aufgabe des PVs in dieser Situation müsste es sein, diese Differenzen zu überwinden. Dafür wäre es notwendig, in der gesamten Mitgliedschaft Klarheit über die Differenzen zu schaffen und davon ausgehend in eine Diskussion zur Überwindung dieser einzutreten. (...)

2. Obwohl an mehreren Stellen ein marxistisches Vokabular verwendet wird, wird der Antrag in weiten Teilen nicht dem Anspruch gerecht, die Lehren von Marx, Engels und Lenin als Instrument zu nutzen, um die Bedingungen heute im Klassenkampf zu bestimmen und daraus resultierend, die Aufgaben der Partei abzuleiten. Stattdessen werden Positionen, wie sie in den Politischen Thesen vertreten werden, in den Antrag hinübergerettet, obwohl der 19. Parteitag festhielt, dass die Politischen Thesen in einem „Spannungsverhältnis“ zum Parteiprogramm stehen. (...)

Dies wird an mehreren Stellen des PV-Antrags deutlich:

- Die Einordnung der Krise zu Beginn arbeitet sich an Erscheinungen dieser ab. (...) Ausgeblendet wird im ersten Abschnitt, dass es sich im gesamten Krisenprozess im Kern um Klassenkämpfe handelt, für deren Einordnung entscheidend ist, den Hauptgegner für die deutsche Arbeiterklasse zu bestimmen: den deutschen Imperialismus, der sich in einer Offensive befindet im Rahmen des Krisenverlaufs. Einschätzungen wie die der „wachsenden Macht der Finanzmärkte“ oder „zur Bedeutung der Spekulation“

helfen bei der Bestimmung des Hauptgegners wenn überhaupt nur dann weiter, wenn die Akteure „der Finanzmärkte“ genannt werden: eben die deutsche Monopolbourgeoisie, die in ihrer inneren Struktur eine Verschmelzung von Banken- und Industriekapital darstellt, wie Lenin es in seiner Imperialismusanalyse beschrieb. Dass es sich dabei nicht um eine scholastische Frage handelt, wird an der Forderung im PV-Antrag „Entschädigungslose Enteignung und Überführung der großen Finanzinstitute (...) in öffentliches Eigentum“ deutlich (S. 10/Zeilen 414–417) [2]. Anstatt mit Forderungen einzugreifen, die sich gegen die deutsche Monopolbourgeoisie richten, werden Illusionen in den Bewegungen befördert, dass es möglich wäre, der Offensive der deutschen Monopolbourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und andere Schichten in der BRD sowie die Völker der abhängigen EU-Peripheriestaaten mit einem Kampf gegen die Banken zu begegnen.

- In der Einschätzung der EU wird das „imperialistische Deutschland“ (...) als „Vorreiter“ einer „reaktionären Politik“ in der EU charakterisiert. Diese Einschätzung ist im Kern falsch. Alle jüngsten Entwicklungen in der EU bestätigen die Einschätzung, dass

die EU ein Instrument in den Händen des deutschen Imperialismus ist, um seine ökonomische und politische Vorherrschaft in der EU auszubauen und er nutzt die EU-Schuldenkrise, um den Ausbau seiner Vorherrschaft in der EU zu beschleunigen.

Anstatt den deutschen Imperialismus als Hauptgegner der Arbeiterklasse in Europa einzuordnen, wird im PV-Antrag das „transnationale Kapital“ präsentiert, dessen „Profit- und Machtinteressen (...) ganz Europa (...) unterworfen“ werde (S. 2/Zeilen 71/72). Präsentiert wird also ein Hauptgegner, wie ihn die Vertreter der Theorie des „kollektiven Imperialismus“ und der Politischen Thesen ausgemacht haben – um den Preis, die sich verschärfenden Konkurrenzkämpfe zwischen den verschiedenen Monopolfractionen, die real im Rahmen der EU deutlich werden, als Triebfeder für forcierte Angriffe gegen die Arbeiterklassen und andere Schichten in der EU zu ignorieren.

- Im PV-Antrag wird die Arbeiterklasse als „objektiv die entscheidende Kraft“ bezeichnet. So richtig diese Formulierung einerseits ist, werden andererseits im PV-Antrag die **subjektiven** Faktoren ausgeblendet. Es wird nicht beantwortet, warum die deutsche Arbeiterklasse sich in den derzeitigen Abwehrkämpfen eben nicht zur **führenden** Klasse im Bündnis mit anderen Schichten entwickelt. Das aber wäre Ausgangsbedingung, um die im Antrag aufgelisteten „Bewegungen“ aus einem proletarischen Standpunkt heraus einzuordnen, ihre Stärken und Schwächen als Bündnispartner der Arbeiterklasse auszuloten – kurzum: die Grundlage für den Aufbau einer antimonopolistischen Abwehrfront zu schaffen. Und das wäre wiederum die Grundlage, um über bloße Allgemeinplätze und Forderungskataloge hinaus die Gliederungen der Partei auf die kommenden Klassenauseinandersetzungen vorzubereiten. Was aber passiert im PV-Antrag? Handfeste Ideologien zur Herrschaftssicherung in der momentanen Situation wie die Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ werden zu bloßen Illusionen kleingeredet, die unter den Gewerkschaften vorherrschen würden (S. 6/Zeile 226). (...) Der PV-Antrag enthält die Aufga-

benbestimmung für die Partei: Sie „wirkt für die Bildung von Klassenbewusstsein in der Arbeiterklasse“ (S. 7/Zeile 287). Und es wird wenige Zeilen später festgehalten: „Erkenntnisse und Klassenbewusstsein wachsen letztlich nur in Auseinandersetzungen“ (Zeilen 292/293). In dieser Kombination sind die Formulierungen im PV-Antrag vieldeutig. Heißt, die Partei „wirkt für die Bildung von Klassenbewusstsein“, dass ihre **Hauptaufgabe** darin besteht, Klassenbewusstsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen? Warum wird es dann nicht so geschrieben? Oder wächst das Klassenbewusstsein „letztendlich“ (!) doch nur in Auseinandersetzungen? Wenn letzteres gemeint ist, hält diese Einschätzung den jüngeren Erfahrungen weder in der BRD noch in Ländern wie Griechenland stand. Abwehrkämpfe im ökonomischen Klassenkampf in der BRD, wie sie auch im PV-Antrag angeführt werden, haben eben nicht zur Entwicklung von Klassenbewusstsein beigetragen – das Klassenbewusstsein in die Arbeiterbewegung hineinzutragen, ist und bleibt die Hauptaufgabe der DKP. (...)

- Während entscheidende Erfahrungen von Kommunistischen Parteien in der EU wie die der griechischen KKE im Antrag keine Rolle spielen, werden Erfahrungen sozialdemokratischer Kräfte in der EU im Antrag zum Vorbild erklärt – konkret auch Griechenland. Der Weg des Wahlbündnisses SYRIZA – nicht namentlich genannt, aber doch gemeint – wird als Erfolgsmodell präsentiert, bei dem es gelungen sei, Stimmen bei Wahlen zu gewinnen, indem „bei Wahrung der eigenen politischen Identität und weltanschaulicher Überzeugung“ gemeinsam gehandelt wurde (S. 5/Zeilen 206–210). Nicht ausgeführt wird, dass der „eigenen politischen Identität“ der KKE im SYRIZA-Bündnis selbstverständlich klare Grenzen gesetzt worden wären. Die Frage stellte sich konkret: Kampf um den Verbleib in der EU oder Kampf gegen die EU? Wer nicht für Ersteres war, konnte bei SYRIZA auch nicht mitmachen – die systemstabilisierende Funktion, die SYRIZA dabei einnimmt, ist offensichtlich. (...) Wenn der PV-Antrag solche Erfahrungen zum Vorbild nimmt, damit „breite Allianzen entstehen“ (S. 6/

Zeile 246), entbehrt es nicht einer gewissen inneren Logik, wenn zwei Seiten später eine „engere Zusammenarbeit der kommunistischen, Arbeiter- und Linksparteien“ als Aufgabenstellung festgehalten wird (S. 8/Zeilen 327–331) – also eine **gleichwertige** Zusammenarbeit mit Kommunistischen Parteien und „Linksparteien“. Das wiederum korrespondiert mit den Bestrebungen von Teilen der Partei, eine Vollmitgliederschaft der DKP in der EL durchzusetzen. (...)

3.

Der Landesvorstand der Berliner DKP vertritt den Standpunkt, dass der PV-Antrag zum 20. Parteitag die Partei nicht voranbringt. Während sich Positionen der Politischen Thesen, ohne dies klar zu kennzeichnen, in dem Antrag wiederfinden, fehlt gleichzeitig eine Analyse der real ablaufenden Klassenkämpfe und daraus resultierenden Aufgaben für die Partei. (...) Anstatt den Gruppen und Bezirken in dieser Situation einen Kompass an die Hand zu geben, **wie** in der Krise Kommunistinnen und Kommunisten in diesem Land kämpfen müssen, wurde ein Antrag erarbeitet, der im besten Falle – wie die politische Resolution des 19. Parteitages – in der Partei keine Rolle spielen wird. In diesem Sinne lehnt der Berliner Landesvorstand den PV-Antrag zum 20. Parteitag ab und leitet Schritte zur Erarbeitung eines Antrags ein, um eine Richtschnur zum Handeln der Partei im Krisenverlauf zu schaffen.



# ZUR DISKUSSION UM DEN LEITANTRAG DES PV

Die Diskussion um den vom Parteivorstand mehrheitlich beschlossenen Leitantrag „Antworten der DKP auf die Krise“ hat begonnen. Eine Stellungnahme der Berliner Landesorganisation hat für einige Aufregung gesorgt. Für mich sind bei der weiteren Vorbereitung des Parteitags drei Fragen wesentlich:

- a) Wie kann es gelingen, mit richtigen Orientierungen das Eingreifen der Partei deutlich zu erhöhen? Wie können wir „Standortdenken“, Stellvertreterpolitik, Sozialpartnerschaftsillusionen und mangelnden Internationalismus in der Arbeiterklasse, der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen überwinden, d. h. wie können wir dazu beitragen, dass die Arbeiterklasse als Klasse den Kampf aufnimmt?
- b) Ist es möglich, mit diesem Dokument herauszuarbeiten, worin unser Vorrat an Gemeinsamkeiten besteht?
- c) Ist es möglich, für größere Teile der Partei Transparenz herzustellen, wo unsere tiefgehenden Unterschiede liegen? Dies ist eine zentrale Voraussetzung, wenn wir sie in einem Diskussionsprozess, der sicher mit diesem Parteitag noch nicht beendet sein wird, überwinden wollen. Transparenz ist auch die Voraussetzung für nachvollziehbare erste Entscheidungen, die dieser Parteitag zu treffen hat.

Obwohl ich vieles der inhaltlichen Kritik der Berliner Landesorganisation teile, bieten präzisierende Änderungsanträge meiner Meinung nach sowohl die Chance zu überprüfen, wo wir uns einig sind, als auch die Möglichkeit, vorhandenen Dissens klarer zu erkennen. Es geht keineswegs darum, im Diskussionsprozess zur Vorbereitung des Parteitags die Partei „auf die Höhe des Leitantrags zu heben“, sondern darum, mit der kollektiven Weisheit der Partei qualifizierte Dokumente zu erarbeiten, mit denen die DKP die vor ihr stehenden Aufgaben erkennt und befähigt wird, sie in Angriff zu nehmen. So klein wir sind, wir tragen die Verantwortung für das Hineintragen marxistischer Orientierungen in die Kämpfe in einem der am höchsten entwickelten imperialistischen Länder.

## **Mindestens in folgenden Bereichen erfordert dies aus meiner Sicht dringende Veränderungen am Entwurf:**

1. Wir brauchen eine präzise Einschätzung der Rolle des deutschen Imperialismus, vor allem auch seiner Rolle in Europa.

Ist es ihm doch gelungen, die EU als Instrument seiner Interessen zu nutzen und dabei große Teile der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten weitgehend einzubinden, Illusionen zu verbreiten und die Ausbeutung, Unterdrückung vieler Länder der Peripherie der EU zu seinen Gunsten zu erhöhen. Und das, obwohl er zeitgleich seine Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte hier im Land weitergeführt hat.

2. Wir brauchen eine Klärung, wer auf EU-Ebene, aber auch auf internationaler Ebene insgesamt unsere erstrangigen Partner sind. Aus meiner Sicht sind dies die kommunistischen Parteien und dabei vor allem jene, die nicht die marxistisch-leninistische Weltanschauung dem Zeitgeist scheinbar moderner Ideen opfern. Dies erfordert natürlich auch eine Einschätzung der EU als imperialistisches (Staaten-)Konstrukt (s. Programm), das letztlich nicht fortschrittlich werden kann, selbst wenn es neben dem Hauptcharakter als Instrument zur Vertretung der Interessen der imperialistischen Länder Kerneuropas (Deutschland, Frankreich) auch die Tendenz einer gewissen „befriedenden Einbindung“ des deutschen Imperialismus umfasst. Die EU ist kein Mittel für ein „soziales, friedliches Europa“.

3. Wir müssen klarer und eindeutiger sagen, dass es Kapitalismus ohne Krisen nicht gibt. Wir müssen klarer und eindeutiger sagen, dass unsere grundsätzliche Antwort der Sozialismus ist. Wir müssen klarer und eindeutiger sagen, dass dies die Beseitigung der Macht der Bourgeoisie durch die politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis

mit anderen Werktätigen verlangt und eine antimonopolistische/antiimperialistische Strategie erfordert.

4. Wir brauchen eine Klärung unserer eigenen Rolle als Teil des Widerstands und zugleich selbstständige und selbstbewusste politische Organisation der Arbeiterklasse. Denn ohne die marxistischen Antworten kann es zwar richtige Einzelforderungen geben, aber keine umfassende Antwort auf die Krise als einer Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus, vor allem auch in seinem imperialistischen Stadium. Dieses Selbstbewusstsein muss die Grundlage für die Entwicklung notwendiger eigenständiger Politik und unserer Aktions-einheits- und Bündnispolitik sein.

Ich teile die Kritik der Berliner Genossinnen und Genossen, dass der Leitantrag die Partei noch viel zu wenig orientiert. Diese Schwäche lässt sich möglicherweise tatsächlich nur durch eine zusätzliche Handlungsorientierung ausgleichen. Diese Handlungsorientierung wird aus meiner Sicht die Notwendigkeit einer gewissen Schwerpunktorientierung auf die Unterstützung von Kämpfen für die Interessen der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten in Betrieb und Kommune beinhalten müssen. Dies umfasst auch den Kampf gegen die Aggressivität des deutschen Imperialismus nach außen (Militarisierung, Aushöhlung der nationalen Souveränität, vor allem der Peripheriestaaten der EU) wie nach innen (Kampf gegen Abbau demokratischer Rechte, Antifaschismus).

Entscheidend für die Vorbereitung des Parteitags ist, dass inhaltliche Fragen im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Ich für meinen Teil werde mich für Veränderungen am Leitantrag und eine Handlungsorientierung einsetzen, die in der Lage ist, das Eingreifen der DKP auf unserer weltanschaulichen Grundlage, den Ideen von Marx, Engels und Lenin, zu erhöhen.



# „OFFENSIV PROEUROPÄISCH“ ZUR EUROPÄISCHEN LINKSPARTEI (ELP)

Folgt man der Einschätzung des ehemaligen Europaabgeordneten und Programmautoren der PDS, André Brie, so bekennt sich die Europäische Linkspartei (EL) zu einer „offensiv proeuropäischen Politik“. Eine „erneuerte deutsche Linke“, so führt er aus, könne eben nur dann eine politische Chance haben, wenn sie zugleich eine „europäische Linke“ sei, die die europäische „Integration und Einigung“ aktiv unterstützt. Keine politische Kraft könne daher, so Brie, gegenwärtig „proeuropäischer sein als die Linke“. [1]

Der Grund dafür, so folgen wir Brie weiter, liege in den „positiven historischen Seiten der bisherigen Integration“ sowie den „sozialen, demokratischen und ökologischen Möglichkeiten“. Zwar dominiere der „Marktradikalismus“ die gesamte Entwicklungsrichtung der Europäischen Union (EU), allerdings werde man ihr mit einer Bewertung als einem imperialistischen Machtblock nicht gerecht. [2]

## Zur „Europäischen Integration“

Die Präambel des EL-Statuts klingt etwas verhaltener. Europa ist „als neuer (...) umfassender Integrationsraum für die linken Kräfte eine Chance und Herausforderung zugleich, Politikfähigkeit zurückzugewinnen“. [3]

Das Problem besteht jedoch hier wie dort in der Idealisierung der Europäischen Integration. Internationalisierung und Globalisierung, die Phänomene der fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion sind, finden ihre Grenzen in der privaten Aneignung. Andreas Wehr verweist in diesem Zusammenhang auch auf den Begriff der „imperialistischen Vergesellschaftung“ [4], in der die Formen der internationalen Kooperation den Interessen „der kleinen Anzahl von Personen“ [5] untergeordnet sind, die die gesellschaftlichen Produktionsmittel besitzen. Entsprechend besteht die Grundlage der europäischen Einigung in den EU-Verträgen, die eine Politik zur Durchset-

zung der „aggressiven Erfordernisse eines krisenhaften Stadiums der Kapitalverwertung“ (Rainer Roth) festzuschreiben. So gehören die „vier Grundfreiheiten“ des europäischen Binnenmarktes (freier Warenverkehr, freier Kapital- und Zahlungsverkehr, freier Personenverkehr und Dienstleistungsfreiheit) inzwischen genauso zum EU-Recht wie die Konvergenzkriterien von Maastricht, die eine neoliberale Geld- und Fiskalpolitik vorschreiben.

## Fehlende „Spielräume verteidigen“

Entsprechend sind Mitbestimmungsmöglichkeiten auf EU-Ebene faktisch kaum vorhanden. Dennoch verteidigt Gabi Zimmer, derzeit Vorsitzende der Fraktion GUE/NGL und stellvertretende Sprecherin der Partei DIE LINKE im Europaparlament, die Orientierung ihrer Delegation: „Demokratische Spielräume verteidigen, nutzen und ausbauen.“ [6]

Wie gering diese Spielräume jedoch in Wirklichkeit sind, verdeutlicht ein aktuelles Beispiel. Mit einer Bürgerinitiative „zur Schaffung einer öffentlichen europäischen Bank“, die u. a. zinsgünstige Kredite an bedürftige Staaten verleihen sollte, wollte die EL auf die Wirtschafts- und Finanzkrise reagieren. Diese Art der Bürgerbeteiligung, die von der ehemaligen PDS-Europaabgeordneten Sylvia-Yvonne Kaufmann als „ein Meilenstein im europäischen Integrationsprozess“ [7] bezeichnet wurde, erlaubt seit dem Vertrag von Lissabon, die Europäische Kommission zur Tätigkeit in Bereichen aufzurufen, „zu denen (...) es eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen“. [8] Folglich wurde die Bürgerinitiative von der EU-Kommission nicht zugelassen, da es für die Forderung der EL keine Rechtsgrundlage in den EU-Verträgen gibt. Der gegenwärtige Vorsitzende der EL, Pierre Laurent, zieht daraus die Konsequenz: Es gelte weiterhin, „die Macht der Bürger auf die europäischen Entscheidungen zu erobern“ [9]. Es gleicht einer Donquijoterie, wenn jeder

Beweis für die Hoffnungslosigkeit des Anliegens mit der Parole begegnet wird, das Anliegen verstärken zu wollen.

Weiterhin haben die Lösungsvorschläge der EL zur Wirtschafts- und Finanzkrise den Ausbau der „positiven historischen Seiten der bisherigen Integration“ regelrecht zur Grundvoraussetzung. So empfiehlt Axel Troost, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE, zur Rettung des Euros die „Vision einer Weiterentwicklung der EU zu einer politischen Union auf Basis einer durchgängigen Währungs-, Wirtschafts- und Fiskalunion“ [10]. Thomas Händel wiederum, stellvertretender Sprecher der Partei DIE LINKE im Europaparlament und zuständig für europäische und internationale Politik in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, fordert ein „linkes handels- und industriepolitisches Konzept, die konkrete Ausgestaltung einer Ausgleichsunion als Alternative zur Politik der Entsolidarisierung in Europa sowie die Vision eines sozial-ökologischen Umbaus“. [11]

Konterkariert werden diese Forderungen allerdings von einer verstärkten intergouvernementalen Zusammenarbeit unter deutscher Dominanz: Die Eurogruppe arbeitet informell neben den EU-Strukturen – Fiskalpakt, ESM und EFSF sind außerhalb der EU eingerichtet worden. Die Initiative darüber, wie die Wirtschafts- und Finanzkrise gelöst werden soll, verbleibt bei den Regierungen. Und die konkrete Form von Kooperation und Konkurrenz gestaltet sich gemäß der „Stärke der Beteiligten“ [12]. Erinnern wir uns deswegen an die jüngste Kritik der Griechischen Kommunistischen Partei (KKE), die bereits im Jahr 2004, kurz nach der Gründung der EL, ihre ablehnende Haltung deutlich gemacht hat. Die EL richtete sich, so schrieb die KKE, nur gegen die Ideologie des Neoliberalismus und befördere damit Illusionen über die Möglichkeit eines anderen „Managements“ innerhalb kapitalistischer Verhältnisse. Obwohl die EU vom europäischen Kapital zur intensiveren Ausbeutung der



Völker und in Konkurrenz zu anderen imperialistischen Mächten gegründet worden sei, fordere die EL ihre „Demokratisierung“. [13]

### „Spaltung im Namen der Einheit“

Die Kritik an der EL bezieht sich auch auf die Ebene der Zusammenarbeit von Parteien. Die EL vertiefte, so schrieb die KKE, bestehende Differenzen innerhalb der gemeinsamen Fraktion im Europaparlament, verletze die Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Parteien und befördere die Spaltung innerhalb dieser Parteien. Folglich bewertete sie die Gründung der EL als „Spaltung im Namen der Einheit“ [14]. Die portugiesischen Kommunisten schätzten ebenfalls ein, dass die Gründung der EL keine Stärkung der antikapitalistischen Kräfte in Europa gewesen sei, sondern dass diese „Elemente der Spaltung, Distanzierung und Vorurteile“ innerhalb der gemeinsamen Fraktion hervorgebracht habe. [15]

Diese Frage ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil eine gemeinsame Fraktion linker Parteien im Europaparlament keine Selbstverständlichkeit ist. Die Kommunistischen Parteien Frankreichs (PCF) und Italiens (PCI), die in den ersten Legislaturperioden die stärksten Delegationen stellten, galten zwar beide als eurokommunistisch, hatten aber gegensätzliche Europa-Konzeptionen. Während die PCI seit ihrem „compromesso storico“ die westeuropäische Integration unterstützte und einen nationalstaatlichen Weg zum Sozialismus aufgrund wirtschaftlicher Verflechtungen für unmöglich hielt, ging die PCF von der Verteidigung des nationalstaatlichen Rahmens gegenüber der Politik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) aus. Die gemeinsame Fraktion des Europäischen Parlaments war folglich lange zerstritten, bis sie sich in der 3. Legislaturperiode des Parlaments 1989 in die italienisch dominierte „Einheit der Europäischen Linken“ (EUL) und die französisch dominierte „Vereinte Linke“ (LU) spaltete. [16]

Erst in der 4. Legislaturperiode konstituierte sich wieder eine gemeinsame Fraktion, die bis heute Bestand hat: Die „Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken“ (GUE), der sich nach der Erweiterung der EU 1995 auch die skandinavischen Links-

parteien der „Nordisch Grünen Allianz“ (NGL) anschlossen. Für diesen Zusammenschluss gab es zwei Grundbedingungen. Erstens ein konföderaler Charakter, also das Absehen von einem Fraktionszwang bei gegenseitiger Anerkennung der Unterschiede. Darauf aufbauend zweitens eine Haltung zu den EU-Institutionen, die deren Anerkennung nicht erzwingt, sondern eher eine Ablehnung zum Ausdruck bringt. „Trotz der unterschiedlichen Ansätze, die die verschiedenen Gruppierungen verfolgen können“, so hält die konstituierende Erklärung der GUE fest, „setzt sich die konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken nachdrücklich für die europäische Integration ein, jedoch in einer Weise, die vom bestehenden Modell abweicht“. [17] Zum Vergleich: Der Zugang zur Parteienfinanzierung auf europäischer Ebene, wie ihn die EL genießt, erfordert von dieser Partei „die Grundsätze (zu) beachten, auf denen die Europäische Union beruht und die in den Verträgen verankert sind“ [18]. Die KKE hat hierzu zutreffend festgehalten, dass dies selbst nach bürgerlichen Maßstäben eine Parodie auf eine Partei sei. [19]

### Fazit

Die Kommunistischen Parteien Portugals und Griechenlands haben indes einen Kurs des Widerstands gegen die EU-Politik eingeschlagen. Die kommunistische Partei Portugals (PCP) schätzt ein, der Eintritt Portugals in die Europäische Gemeinschaft (EG) habe seither „neue Vorwände für die Beseitigung der Errungenschaften der Nelkenrevolution geliefert“. Der Kurs der europäischen Integration drohe Portugal „in einen randständigen Mitgliedsstaat zu verwandeln, dessen Politik in immer stärkeren Maße (...) von den reichen und starken Staaten sowie von transnationalen Konzernen“ bestimmt werde [20]. Beide Parteien setzen der wachsenden Abhängigkeit ihrer Länder und der Ruinierung inländischer Produzenten die Nationalisierung der Banken und der Schlüsselindustrien entgegen. Beide sind für einen Austritt aus der EU und aus dem Euro, die PCP proklamiert ein Europa souveräner und gleichberechtigter Staaten.

Einer kommunistischen Partei stünde die Solidarität mit diesen Kämpfen gut. Genauso, wie die Distanz zur EL.

### Quellen:

- [1] André Brie: Thesen für die EU-Konferenz der GUE/NGL und der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 10./11. März 2007, S. 2f.
- [2] Ebd.
- [3] Statut der Partei der Europäischen Linken (EL), Präambel
- [4] Andreas Wehr: Die Europäische Union, S. 120
- [5] Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, LW 22, S. 209f
- [6] Gabi Zimmer: „Ausdruck herrschender Interessen“, ND, 9. Oktober 2010
- [7] Sylvia-Yvonne Kaufmann: Rede auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg, 6. Mai 2009
- [8] Lissabon-Vertrag, Artikel 11, Paragraph 4
- [9] Presseerklärung von Pierre Laurent, 7. September 2012
- [10] zit. nach Kurt Stenger: Warnung vor der Exitstrategie, ND, 31. 8. 2012
- [11] zit. nach Maik Hennig, Gabriele Kickut: Alternativen zur Politik der Entsolidarisierung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 10. Mai 2012
- [12] vgl. Lenin, a. a. O., LW 22, S. 300
- [13] Mit dem Volkskampf oder mit der Partei der „EU-Linken“? Rizospastis, 15. Februar 2004
- [14] Ebd.
- [15] Politische Resolution des 18. Kongresses der PCP, 13. Oktober 2008. Vgl. auch Manuela Bernardino, Die PCP und die Stärkung der internationalen Solidarität, 30. November 2008
- [16] Vgl. Sascha Wagener, Der Vertrag über eine EU-Verfassung und die Positionen linker Parteien, 2006
- [17] Konstituierende Erklärung der GUE, 14. Juli 1994
- [18] EG-Verordnung über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung, 4. November 2003
- [19] Rizospastis, a. a. O.
- [20] Programm der PCP, Portugal – eine fortgeschrittene Demokratie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.



# ALTERNATIVES EUROPA?

Zum Referat von Bettina Jürgensen auf der PV-Tagung der DKP Juli 2012

Kurz nach seinem Amtsantritt sagte der Außenminister der neuen sozialdemokratischen französischen Regierung: „Die Regierungen kommen und gehen, aber die Interessen bleiben bestehen“ [1] – die Interessen des französischen Staates, die nicht sozialdemokratisch oder konservativ sind, sondern eben Staatsinteressen. So handeln alle bürgerlichen Staaten – als Machtapparat der Bourgeoisie, deren Interessen sie nach innen und nach außen vertreten. Daran ändert die sogenannte Globalisierung nicht ein Jota, und auch nicht die EU.

Von der Europäischen Linkspartei, genauer von ihrem Thinktank „transform“, erreicht uns aber frohe Botschaft: „Ein Gespenst geht um in Europa“ [2]. Das Gespenst tritt in Gestalt eines Walter Baier und einer Elisabeth Gauthier auf und wispert uns zu: Heutzutage ist alles ganz anders. Da kann man Machthaber abwählen und die Politik von (EU-)Institutionen verändern und „eine neue soziale und demokratische Grundlage Europas“ herbeiführen:

## Politische Wende durch Wahlerfolg?

„Diesmal das Gespenst einer politischen Wende der Europäischen Union, die durch den Wahlerfolg von SYRIZA und das Ergebnis der französischen Präsidentschaftswahl auf die Tagesordnung gesetzt ist. Beide bringen eine Veränderung der Machtverhältnisse in Griechenland und Frankreich und möglicherweise in ganz Europa mit sich“ [2]. Zwei Parlamentswahlen „bringen eine Veränderung der Machtverhältnisse“ mit sich? Und das nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern „möglicherweise in ganz Europa“? Weiter: Die notwendige Antwort der Linken liege „im verstärkten Kampf für eine neue soziale und demokratische Grundlage Europas“ (...) „Gegenüber der in den einzelnen Ländern und in Europa herrschenden Oligarchie geht es um die Frage einer radikalen Veränderung der Machtstrukturen. Damit entsteht die Herausforderung, neue Bündnisse zu schaffen, die es den sozialen und

politischen Akteuren gleichermaßen möglich machen, zu mobilisieren, um auf gemeinsame und gleichberechtigte Weise in der unmittelbaren Konfrontation gestärkt aufzutreten und so an den Voraussetzungen für die *Herausbildung einer neuen Hegemonie in Europa* zu arbeiten“ [3]. Damit werden die seit hundert Jahren erfolglosen reformistischen Illusionen auf die EU-Ebene übertragen.

Bettina Jürgensen, Vorsitzende der DKP, stellte auf der 8. Parteivorstandstagung die Frage: „Welcher Art sind die Kräfte, die unsere Entwicklung heute beeinflussen, wie müssen die Kräfte für Veränderungen entwickelt sein, wie kann die DKP sich in die Entwicklung von Widerstand einbringen, um unser Ziel, die Überwindung des Kapitalismus, zu erreichen?“ Sie spürt schon, auf welchem Terrain sie sich bewegt, und fügt hinzu: „Wobei ich gleich jeder Irritation begegnen möchte, wir würden eine solche Entwicklung begrüßen, die daran ausgerichtet wird, das Europa der Banken und Konzerne, des Militarismus zu stärken. Ich stelle fest, dass linke und kommunistische Kräfte einem Europa mit diesem Charakter immer entgegengetreten sind. Wir verschließen aber nicht die Augen davor, dass hier Prozesse ablaufen, die eine objektive ökonomische Grundlage haben.“ [4]

Die Antworten, die sie gibt, gehen in die gleiche Richtung wie bei Baier und Gauthier. Sie zitiert vom Programm die Notwendigkeit des „gemeinsamen Handelns der internationalen Arbeiterbewegung und anderer fortschrittlicher Kräfte“ und die Notwendigkeit, „internationale Kooperation der antikapitalistischen Kräfte zu intensivieren“ – eine unstrittige Einschätzung. Doch wie und mit wem soll das geschehen?

Eine „Vernetzung der Kämpfe“ sei nötig, „Aufbau von Gegenmacht innerhalb der transnationalen Konzerne“ – das Problem dabei aber nennt sie nicht, dass es nämlich die deutschen Gewerkschaften sind, die dies eher ver-

hindern als befördern, weil sie auf den Standort Deutschland setzen, d. h. auf die Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital. Vernetzen lassen sich nur Belegschaften, die überhaupt Kämpfe führen (und auch nicht erst dann, wenn es um Schließung und Verlagerung geht), und da hinken wir in Deutschland hinterher.

Deshalb muss es die Aufgabe der DKP sein, die Rolle der deutschen Arbeiterklasse innerhalb der EU und die Folgen des Lohndumpings für die Arbeiter in ganz Europa aufzuzeigen. Wir müssen alles daran setzen, die klassenkämpferischen Kräfte in der gesamten Arbeiterklasse zu fördern, zu stärken, und nicht nur innerhalb der weltweit agierenden Konzerne. Deren Belegschaften können zwar entscheidend im Klassenkampf sein, sie sind aber nicht unabhängig vom Bewusstseinsstand der Arbeiterklasse insgesamt. Und ausgerechnet „die stärkere Mitarbeit der deutschen Gewerkschaften im Europäischen Gewerkschaftsbund“ als Mittel anzugeben, wie die antikapitalistische Zielrichtung voranzubringen ist, ist mehr als hilflos.

Schließlich führt Bettina die Mitarbeit in der EL, im Sozialforum, in verschiedenen Bewegungen und die Zusammenarbeit mit Parteien an, die längst nicht auf die kommunistischen begrenzt seien. Um den Kampf gegen Regierung und Kapital führen zu können, ist eine Analyse auf der gemeinsamen Grundlage in wesentlichen weltanschaulichen Fragen nötig (was breitere Bündnisse nicht ausschließt). Und das heißt eine entscheidende Frage:

## Wo sitzt die Macht?

In Brüssel? Oder in Berlin, London, Paris, Madrid, Rom ... ? Der Etat der EU ist halb so groß wie der deutsche Staatshaushalt. Die EU verfügt über keinerlei eigene Machtmittel zur Durchsetzung ihrer Beschlüsse, sondern ist dafür auf die einzelnen Nationalstaaten angewiesen. Die EU gibt es als *eigenständig* handelndes



Subjekt gar nicht, weil die Kommission nur tun kann, was von den Mitgliedsstaaten abgesehen ist; praktisch von einem informellen „Direktorium“ unter deutscher Dominanz.

*Aber! Die Entwicklungstendenzen!* Das *Bedürfnis* der transnationalen Kapitale nach einem transnationalen Staat! Die „objektive ökonomische Grundlage“! Das Bedürfnis besteht natürlich, die EU ist ein Ausdruck dieser Tendenzen, aber sie finden ihre Grenzen in der Konkurrenz der Monopole und ihrer jeweiligen Heimatbasis.

Fakt ist, dass die Macht heute und auf absehbare Zeit in den EU-Mitgliedsländern sitzt. Wer diese Macht in Frage stellen will, muss das in den einzelnen Nationalstaaten tun. Jede kommunistische Partei muss dafür selbstständig und in eigener Verantwortung ihr eigenes nationales Programm aufstellen und dafür Bündnispartner suchen, sie müssen die „grundlegende gesellschaftliche Veränderung“ zunächst im nationalen Rahmen betreiben. Das ist in Europa nicht anders als in Lateinamerika oder sonstwo. Untereinander internationalistisch, solidarisch zu sein ist dabei notwendig, weil das die Erfolgsaussichten verbessert. Mancher Arbeitskampf ist gar nicht mehr anders zu bestehen.

### **Arbeiterklasse und Nation und Internationalismus**

Marx/Engels sagen über das Verhältnis von Arbeiterklasse und Nation: „*Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muss, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.*“ [5]

Udo Paulus

# **SYRIZA – DIE NEUE SOZIALDEMOKRATISCHE VARIANTE IN GRIECHENLAND**

SYRIZA – Synaspismos Rizospastikis Aristera = Koalition der Radikalen Linken, ist bei den Parlamentswahlen im Juni katapultartig zur zweitstärksten Parteiformation im griechische Nationalparlament aufgestiegen. Anlass genug, einen historisch- und dialektisch-

Warum muss es als nationale Klasse die Macht erobern? Nun, weil ihr der Klassengegner als solcher im Nationalstaat gegenübersteht, *weil die politische Macht der Bourgeoisie* auf dem Nationalstaat beruht. Allein dieser Umstand zwingt die Arbeiterbewegung in die nationale Form.

Aber geben Marx/Engels den *transform*-Denkern nicht recht, wenn sie konstatieren: „*Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. (...) Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.*“ [5]

Die Frage muss konkret beantwortet werden. Wie weit ist dieser Prozess in Europa gediehen? *Sind* die Nationalstaaten dabei zu verschwinden? Ist der deutsche oder der französische Staatsapparat etc. dabei, sich aufzulösen und in den EU-Institutionen aufzugehen?

Ist das nicht der Fall, sind die Appelle für die Reformierung, Demokratisierung, Neugründung der EU irreführend. Selbst der griechische Staat ist kein reiner Befehlsempfänger, zu dem die griechische Bourgeoisie ihn gemacht hat. Es besteht auch für ihn die Möglichkeit, die EU zu verlassen, die Schulden zu annullieren. Ob das durchsetzbar ist, hängt vom Kräfteverhältnis im Inland ab, ob das Land dem ausländischen Druck und eventuell einer Intervention widerstehen kann, vom internationalen Kräfteverhältnis.

Die politische Orientierung der Arbeiterbewegung kann nicht ausgerichtet werden an dem, was sich eine „transnationale Finanzbourgeoisie“ vielleicht wünscht, aber jedenfalls bisher nicht zustande bringt. Sie muss an dem ausgerichtet werden, was jetzt und in absehbarer Zukunft da ist – die Nationalstaaten.

Stattdessen orientiert die EL darauf, die Bourgeois-Macht dort zu schlagen, wo sie nicht ist, nämlich in der EU. Das „neue Denken“ der EL, das auch in eine Reihe westeuropäischer kommunistischer Parteien eingedrungen ist, ist eine theoretische Grundlage für die Desorientierung der Arbeiter- und demokratischen Bewegung und die Zerstörung der kommunistischen Bewegung. Dagegen muss die DKP verteidigt werden – nicht aus organisationsegoistischen Gründen, sondern im objektiven Interesse der Arbeiterklasse, die eine revolutionäre Partei braucht.

### **Quellen und Anmerkungen:**

- [1] FAZ, 21. 5. 2012
- [2] [www.transform-network.net/de/kategorien/artikel.html?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=1738&cHash=7cf1e5a6930d82f032bf6280377cc4d8](http://www.transform-network.net/de/kategorien/artikel.html?tx_ttnews%5Btt_news%5D=1738&cHash=7cf1e5a6930d82f032bf6280377cc4d8) – Ein Gespenst geht um in Europa
- [3] [www.transform-network.net/de/kategorien/artikel.html?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=1722&cHash=d97fc761148f8b1da322a35e714499d5](http://www.transform-network.net/de/kategorien/artikel.html?tx_ttnews%5Btt_news%5D=1722&cHash=d97fc761148f8b1da322a35e714499d5)
- [4] Bettina Jürgensen, Referat PV-Tagung der DKP, Juli 2012
- [5] Manifest der kommunistischen Partei



weisen, noch dazu durch die deutsche Brille betrachtet, führen geradewegs zur Entsolidarisierung gegenüber der kämpfenden Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) und ihren Bündnisorganisationen.

Ich vertrete die These, dass eine der wesentlichen Funktionen des SYRIZA darin besteht, auf die KKE Druck auszuüben, um sie in eine Variante eines sozialdemokratischen Organisationstyps zu transformieren. Hier gibt es etliche Parallelen zur Bildung der Linkspartei auf deutschem Boden. In beiden Parteiformierungsprozessen wirkten und wirken vielfältige politische Linkskräfte. SYRIZA entwickelte sich im Kern aus dem von der KKE nach der Niederlage des Sozialismus abgespaltenen SYNASPISMOS.

Die KKE befand sich bis 1974, dem Ende der Junta, in der Illegalität. Unter den Bedingungen des Faschismus spaltete sich die Partei. 1968 gewann eine Gruppe unter den Funktionärskadern, die sich in Griechenland befanden, mit dem Anspruch „den nationalen Weg Griechenlands zum Sozialismus“ zu vertreten, starken Einfluss. Noch Anfang 1973 unterstützte diese, sich KKE-Inland nennende Gruppierung, ein Vorhaben der Westmächte, das vorsah, unter Führung der US-Administration der militärfaschistischen Junta ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen. Dieser Plan sah vor, Spiros Markezinis, einen ehemaligen Minister des konservativen bürgerlichen Blocks, als Staatschef zu installieren. Im Gegensatz zur KKE-Inland lehnten sowohl A. Papandreou als auch K. Karamanlis wie die KKE dieses Ansinnen strikt ab. Diese Gruppierung KKE-Inland darf mit Fug und Recht als Keimzelle und Vorläufer der heutigen SYNASPISMOS und SYRIZA gelten.

An der ersten nachfaschistischen Wahl 1974 beteiligte sich die KKE mit der als KKE Aristera auftretenden KKE-Inland aus wahltaktischen Gründen in einem gemeinsamen Wahlbündnis unter dem Namen EDA (Vereinigte Linke). Die Zeit der Vorbereitung für eine Kandidatur als Kommunistische Partei Griechenlands war nach jahrzehntelanger Illegalität zu knapp. Danach gab es, mit Ausnahme der besonderen Wahl im April 1990 nach der Niederlage des Sozialismus, nur noch getrennte Kandidatenlisten, der KKE und des Wahlbündnisses SYNASPISMOS.

1991 gründete sich das Bündnis als Partei, mit der KKE-Inland als Parteikern. SYNASPISMOS verfügte 20 Jahre lang nur über eine schmale

Parteibasis und blieb bei Parlamentswahlen stets unter fünf Prozent. 2004 gelang es SYNASPISMOS, seine politische Basis mit der Bildung des SYRIZA zu erweitern. Dieses Parteibündnis trat im selben Jahr erstmals zu den Parlamentswahlen an und errang mit 3,26 Prozent sechs Mandate. Neben SYNASPISMOS gehören zum Bündnis zwölf Gruppen, die sich in der Vergangenheit aus der Kommunistischen Partei Griechenlands, der sozialdemokratischen PASOK und den Grünen rekrutierten, zudem kleine Organisationen mit trotzkistischem, maoistischem oder autonomem Anspruch – vgl. die detaillierte Auflistung bei Wikipedia [1].

Vor der Wahl am 6. Mai 2012 war SYRIZA eine kleine elitäre Gruppierung ohne Massenverankerung. Das hat sich zur Wahl vom 17. Juni bereits tendenziell verändert und wird sich in nächster Zeit besonders bei erneutem Anschwellen des Widerstands weiter verschieben. Große Teile der bis vor kurzem noch unorganisiert oder in den sozialdemokratischen Zusammenhängen der PASOK aktiven Protestbewegung werden die Organisationsbasis dieser linken Sozialdemokratie erweitern.

Der Sprung von unter fünf auf 27 Prozent bei den Wahlen am 17. Juni kam überraschend. Die KKE hat in der parteiinternen Wahlanalyse beurteilt, dass sie das Überlaufen von Kadern der PASOK unterschätzt habe. Es wurde erwartet, diese würden zur Rechtsabspaltung des SYNASPISMOS, DIMAR – initiiert durch den ehemaligen SYNASPISMOS-Vorsitzenden Kouvelis – wechseln. Dass SYRIZA zur Mandatsicherung von ehemaligen PASOK-Abgeordneten in größerem Maßstab genutzt wurde, sei hier an vier Beispielen konkretisiert:

- Nikos Kotsias, ehemals Kader der KNE in der alten BRD, zuletzt Berater von Papandreou, jetzt Berater bei SYRIZA;
- Dimitris Mitropoulos, Experte für Arbeitsfragen bei PASOK und GSEE, jetzt als neuer Abgeordneter für SYRIZA Experte in gleicher Sache;
- Sofia Sokorafa, ehemalige Speerwurf-Olympiasiegerin, zuletzt Abgeordnete für PASOK, jetzt für SYRIZA im Parlament;

- A. Katseli, unlängst noch Ministerin bei G. Papandreou, jetzt ebenfalls für SYRIZA im Parlament.

Auch dass aus der PASOK-Richtung, besonders durch Gewerkschaftsvertreter ihrer Gewerkschaftsfraktion PASKE, vehement zur Wahl von SYRIZA aufgerufen wurde, war von der KKE erst spät in seiner Wirkung realistisch einzuschätzen. So hatte der Gewerkschaftsvorsitzende der GENOP [2], Fotopoulos (PASOK), auch leitend in der Dachgewerkschaft GSEE, den Aufruf zur Wahl des SYRIZA unterstützt. Große Teile der PASOK-Funktionäre im öffentlichen Sektor verließen das sinkende Schiff und liefen zum SYRIZA über.

In diesem Zusammenhang ist die Zustimmung des SYRIZA bei der Wahl des sozialdemokratischen Parlamentspräsidenten im Europa-Parlament im Rahmen der EL zu sehen, der zu den Memoranden [3] und führenden EU-Befürwortern gehört. Wenige Tage vor den Wahlen am 6. Juni, traf sich der SYRIZA-Vorsitzende Alexis Tsipras in Athen mit den Botschaftern der G20-Staaten, damit wie er sagte, „sich ein Klima des Vertrauens einstellt“. Es handelte sich um eine protokollarische Veranstaltung, bei der Tsipras seine „Beglaubigungsschreiben“ einem Funktionsträger der US-Botschaft und den anderen Diplomaten der 19 stärksten kapitalistischen Staaten der Welt überreichte. Dazu passt das Schweigen des SYRIZA-Vorsitzenden zur andauernden Intervention in Syrien. Als wären die Pläne für eine militärische Intervention in Syrien nicht in vollem Gang, als gäbe es keine Pläne, den US-Militärstützpunkt in Suda (Kreta) zwecks Bombardierung bereitzustellen, sowie die Häfen, den Luftraum und die Gewässer Griechenlands.

### Zur SYRIZA-Programmatik

Alexis Tsipras, Spitzenkandidat von SYRIZA, verkündete in den Wahlkämpfen ein wahres Feuerwerk an Wahlversprechen. Er wolle das mit den Gläubigern ausgehandelte Memorandum zurücknehmen, Mindestlohn und Arbeitslosengeld erhöhen, Steuererhöhungen abschaffen, Vetternwirtschaft und Steuerhinterziehung bekämpfen, eine schrittweise Kontrolle über Banken und die Schlüsselindustrie einführen und ein Moratorium für die Schuldenrück-



zahlung schaffen, verbunden mit der Forderung nach einer fairen und nachhaltigen europäischen Lösung. Gleichzeitig versicherte er gehorsam, die Mitgliedschaft in der Eurozone und in der EU nicht anzutasten, ebenso selbstverständlich die „militärische Sicherheit“ Griechenlands. Dass dies mit den bestehenden NATO-Strukturen verbunden ist, vergaß er zu erwähnen. Kurz vor der Juni-Wahl war von den noch in der Mai-Wahl wortradikal verkündeten Losungen über eine Abschaffung des Memorandums und des Kreditabkommens sowie die Rücknahme der Privatisierungen nichts mehr zu vernehmen. Die Programmatik entpuppte sich mehr und mehr als bürgerliches Krisenverwaltungsprogramm. Es ist naheliegend, dies als ein wortradikal kaschiertes Nachgeben gegenüber den tonangebenden Kräften in der EU zu interpretieren.

Kein Wort zu den Maastricht-Kriterien, die eine Kontrolle des Kapitalverkehrs verbieten; kein Wort zum Lissabon-Vertrag, der Griechenland auf das kapitalistische System festlegt und zur Aufrüstung verpflichtet; kein Wort zu

Frontex, das die menschenverachtende Migrationspolitik festschreibt.

### Zur KKE-Programmatik

Ganz anders die Anti-Krisen-Programmatik der KKE in den vergangenen zwei Jahren: Was wären die unverzichtbar wesentlichen Kriterien für ein wirklich antimonopolistisches Regierungsprogramm in Griechenland?

- Ersatzlose Streichung der Schulden.
- Austritt aus der EU und allen anderen imperialistischen Bündnissen mit gleichzeitiger Volksökonomie und Volksherrschaft, d. h. Übergang der wichtigsten Produktionsmittel in Volksherrschaft mit gleichzeitiger zentraler Planung der Ökonomie.
- Die Maastricht-Kriterien müssen für Griechenland für ungültig erklärt werden. Dem Lissabon-Vertrag muss die Unterschrift Griechenlands entzogen werden.
- Frontex wird für Griechenland mit sofortiger Wirkung die Gültigkeit

aufgekündigt, als Auftakt zu einer menschenwürdigen Migrationspolitik. Damit verbunden der Abzug aller ausländischen Einsatzkräfte, die mit Frontex in Zusammenhang stehen.

- Keine Kriegseinsätze der NATO vom Boden Griechenlands, sofortiges Ende der NATO-Manöver auf griechischem Territorium, Abzug der griechischen Marine vor Somalia; radikale Kürzung des Militärbudgets, Stornierung aller Rüstungsimpporte.

### Quellen und Anmerkungen:

- [1] [http://de.wikipedia.org/wiki/SYRIZA\\_%E2%80%93\\_Enotiko\\_Kinoniko\\_Metopo](http://de.wikipedia.org/wiki/SYRIZA_%E2%80%93_Enotiko_Kinoniko_Metopo)
- [2] GENOP: Gewerkschaft für das Nationale Energieunternehmen DEI, das sich derzeit im Übernahmeprozess durch RWE befindet.
- [3] Bezeichnung für die Abkommen der Troika – bestehend aus Europäischer Kommission, EZB und IWF – mit der griechischen Regierung zur Tilgung der Gläubiger-Schulden



Richard Corell

## EURO-KRISE: ABGRENZUNG GEGEN RECHTS

Ein Beitrag von Leo Mayer vom Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (isw, vom 26. Juli 2012) [1] ist mit dem Titel „Euro-Krise und Rechtspopulismus“ überschrieben. Als Ausgangspunkt hält der Autor fest: *„Heute kann niemand sagen, wo Euro und EU in einigen Monaten sein werden. Dabei ist die Gefahr nicht so sehr, dass Euro und EU auseinanderbrechen, sondern dass Nationalismus, Egoismus (sic?) und Ausländerhass aus diesen Ruinen aufsteigen werden.“* (S. 1)

Nun ist bisher weder die Euro-Zone noch die EU auseinandergebrochen, und wir haben doch nicht erst seit gestern grassierenden Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Ausländerhass. Dass es dabei um die ideologischen Waffen des Imperialismus geht, der die Arbeiter gegeneinander statt gegen das Kapital und die Völker gegeneinander statt gegen den Imperia-

lismus stellen will, wäre hilfreich gewesen anzumerken.

### Falschmünzer am Werk: „Rechtspopulismus“

Stattdessen wird der Begriff „Rechtspopulismus“ aus dem bürgerlichen Politologen-Jargon bemüht und hin und her gewendet, ohne ihn allerdings grundsätzlich in Frage zu stellen. Kein Wort auch über die Aufgabe, die dieser Begriff zur Herrschaftssicherung zu erfüllen hat. Nämlich vor allem: die klassenmäßigen Wurzeln politischer Auseinandersetzungen zu vernebeln. Und darüber hinaus unterstellt „Rechtspopulismus“, dass es auch einen „Linkspopulismus“ geben könne (wie es z. B. die Totalitarismusprotagonisten vom Schlage Hartleb und Backes in übelster Manier vertreten). Jeder Linke aber wird zurückweisen, dass er statt mit Entwicklung von Klassenbewusstsein mit

Demagogie, d. h. mit Volksverführung (was der eigentliche Inhalt des Begriffs „Populismus“ ist), eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erreichen wolle. Das merkt der Autor dann irgendwann auch: *„Wenn man links als emanzipatorisch versteht – ansonsten ist es nicht ‚links‘ – dann gibt es keine Legitimation für einen ‚linken‘ Populismus“* (S. 3). Warum dann aber munter die falsche Münze Rechtspopulismus in Umlauf bringen.

Genosse Mayer versucht, den Begriff Rechtspopulismus nach verschiedenen Richtungen abzugrenzen: gegen bürgerliche Parteien, gegen faschistische Parteien. Das bleibt stümperhaft, weil er sich in diesem bürgerlichen Begriff verheddert hat und dabei die Arbeiterklasse, das Kleinbürgertum, die Bourgeoisie und die Monopolbourgeoisie, kurz die Klassen, verschwunden sind.

## Linke gegen die EU – Faschisten auch – was tun?

Der rationale Kern der Mayerschen Argumentation ist sein Bestreben, sich von den Ultrarechten und Faschisten in der Frage von Euro und EU abzugrenzen. Dazu hätte Mayer aber ihren klassenmäßigen Hintergrund und Auftrag benennen müssen. Unseres Erachtens versuchen die Faschisten, die kapitalistische Krise mit ihrer Verschärfung der Gegensätze in der Euro-Zone und in der EU zu nutzen, um ihrem politischen Auftrag für die Bourgeoisie gerecht zu werden. Dieser Auftrag besteht in der BRD konkret darin, die Option für die offene terroristische Diktatur des Finanzkapitals, für den Faschismus, und für das gewaltsame Eingreifen im Ringen um die Neuverteilung der Absatzmärkte, Rohstoffquellen etc., die Option für den Krieg als Mittel des deutschen Imperialismus aufrechtzuerhalten und zu schüren.

Richtigerweise problematisiert Leo Mayer die Tatsache, dass Ultrarechte und Faschisten sich anti-kapitalistisch geben und damit punkten können. Dass sie unsere Politikfelder versuchen zu besetzen und unsere Sprache, unsere Begriffe „umdrehen“ wollen. Das wurde bereits Anfang der 1990er Jahre analysiert und als soziale Demagogie der Nazis gebrandmarkt [2]. Dass die Nazis gegen den Kapitalismus sind – außer gegen den deutschen, dass sie gegen den Imperialismus sind – außer gegen den deutschen, dass sie sogar für Sozialismus sind – aber nur für den deutschen – das wissen wir, seit es „National-Sozialismus“ gibt. „National-Sozialismus“ ein Widerspruch in sich. Denn Sozialismus ist international oder gar nicht (im Übrigen gilt das auch für den Bolschewismus)!

Mayer fordert, „*sehr achtsam mit Lösungen umzugehen und darauf achten, dass sie nicht nach rechts gewendet und uminterpretiert werden können.* („Arbeit statt Profite“ konnte von der NPD gewendet werden. „Der Mensch geht vor Profit“ kann nicht gewendet werden.)“ (S. 8). Oh weh! So kann man die Nazis unterschätzen. Die „wenden“ ganz flugs: Der Mensch ist deutsch/arisch oder Untermensch.

Und was für eine schlechte Lösung ist denn das: „Arbeit statt Profite“. Im Kapitalismus ist Arbeit gerade dazu da,

dass sie Mehrwert, Profit schafft. Im Sozialismus wird die Arbeit zwar vom Profitregime befreit werden, aber das kann, wie man an der Sowjetunion sah und in der VR China sieht, noch recht lange dauern.

## Unterdrückernationen und unterdrückte Nationen unterscheiden

Dennoch steht das Problem: Die NPD fordert „Deutschland raus aus dem Euro und der EU“, Gauweiler bildet die Brücke von den Faschisten ins bürgerliche Lager. Seine Vorstöße zielen darauf, den Druck des deutschen Imperialismus in der EU zu verstärken und auf die Frage zuzuspitzen: deutsche Dominanz oder Austritt.

## Wie ist unsere Stellung?

Wenn man, wie die Europäische Linke von einer sozialen, demokratischen und friedlichen EU träumt, hat man sich zwar von den Nazis abgewendet, aber zur Sozialdemokratie hingewendet und tritt in ihre Fußstapfen beim Verbreiten von Illusionen über den imperialistischen Gang der Dinge. Kommunisten dagegen unterscheiden in der Frage Austritt/Rauswurf aus der EU zunächst in Unterdrückernationen und unterdrückte Nationen.

In T&P 24 vom April 2011 hieß es dazu: „Das Selbstbestimmungsrecht dieser Nationen zu verteidigen, ist Aufgabe und Pflicht des Proletariats nicht nur in den abhängig gemachten Nationen, sondern auch des Proletariats in den imperialistischen Ländern. Das Proletariat in einem abhängigen Land steht der Bourgeoisie in diesem Land gegenüber. Diese Bourgeoisie ist umso schwächer, je weniger sie direkt und unmittelbar mit anderen Bourgeoisien verbunden ist. Die Forderung in diesen Ländern muss deshalb heißen: Raus aus der EU! Oder wie etwa bei der Türkei: Den Beitritt verhindern! Dies trifft die verräterische Bourgeoisie im eigenen Land (z. B. in der Türkei) am meisten, die für eine Handvoll Euro bereit ist, das eigene Volk an die Meistbietenden zu verkaufen.“

Die Aufgabe der Arbeiterbewegung in einem imperialistischen Land dagegen ist es, durch den Sturz des eigenen Imperialismus die Unterdrückungsmaschinerie EU zum Einsturz zu bringen. Zur Abgrenzung gegen eine faschisti-

sche Lösung, die Europa wieder unter dem deutschen Stiefel ‚vereinigen‘ will, haben wir die Rechte der abhängigen Länder zu verteidigen, ihr Recht auf Austritt aus der EU, aber auch ihre Recht **als Gleichberechtigte** in die EU eintreten zu können.

Dies träfe die deutsche Monopolbourgeoisie am meisten, wenn sie von den eigenen Arbeitern daran gehindert würde, Griechenland oder die Türkei zu demütigen, zu unterjochen und – mit EU-Freibriefen versehen – auszuplündern. So auch würde die Basis für eine wirkliche Vereinigung von Arbeitern unterschiedlicher Nationalität in Deutschland gelegt und der faktischen Spaltung entgegen getreten, wie sie der deutsche Imperialismus seit mehr als einem Jahrhundert betreibt mit Deutschen gegen Polen, gegen Italiener, Spanier, Griechen und Türken, gegen den ‚Fremdarbeiter‘ an sich, der dem deutschen Imperialismus wirklich willkommen nur als Zwangsarbeiter im Lager war. Dadurch können wir den Klassengegensatz ins Zentrum stellen statt nationale Unterschiede, Hader und Hass.“

## Demokratie und nationale Frage

Nicht nur in der EU-Frage grenzen wir uns klar von den Nazis ab, wenn wir den proletarischen Internationalismus, die Klassenfrage und die Eigentumsfrage in richtiger Weise beachten. Dazu argumentiert der isw-Vertreter: „*Dabei geht es mir in diesem Zusammenhang am Wenigsten um die Einschränkung der nationalen Souveränität. Die hat wenig – wie man gegenwärtig an der Debatte über Ungarn beobachten kann – mit demokratischen Rechten zu tun.*“ (S. 7)

Dass die nationale Frage ein Teil der Frage der Demokratie ist, müsste eigentlich ins Auge springen. Gleichheit ist der Schlüssel. Der Imperialismus muss die Gleichheit verletzen, er produziert neben den Hauptklassen privilegierte Teile von Klassen wie die Arbeiteraristokratie beim Proletariat und die Monopolbourgeoisie und die Finanzoligarchie bei der Bourgeoisie. Und er produziert privilegierte Nationen, eben die imperialistischen Großmächte, und die von den Großmächten in unterschiedlichen Graden abhängigen Länder. Es ist genau diese Verletzung der Gleichheit in Form der Missachtung der Souveränität der kleineren



Nationen in der EU, die den Faschisten dort Auftrieb gibt und der Bourgeoisie dort wie bei uns hilft, von der Klassenfrage, von der sozialen Frage abzulenken. Der deutsche Imperialismus macht mit der Aushebelung der nationalen Souveränität das Tor weit auf für die Ausplünderung der kleinen Nationen wie Ungarn, wo sich dann die nationalistischen Maulhelden gegen den Ausverkauf der heiligsten Werte der Nation in Positur setzen können.

### Marxismus geht anders

Leo Mayer endet mit „*Schlussfolgerungen für linke Politik*“. Unter Punkt 3 – ein Tiefpunkt in der ganzen Abhandlung – heißt es: „*Nation' als Bevölkerung, die in diesem Territorium lebt, lernt, wohnt, arbeitet – politische Forderungen und Strategie, die Zuwanderern die ‚Integration' / besser: Inklusion erleichtert (Wohnraum, Bildung ...). Dies umfasst zwei Seiten:*

1. *Die Gesellschaft bereit machen, dass sie die fortschrittlichen Elemente fremder Gesellschaften und Kulturen aufnimmt, um insgesamt auf ein höheres kulturelles Niveau zu kommen;*
2. *die Bereitschaft der ImmigrantInnen, sich als Teil dieser Gesellschaft zu verstehen und ebenfalls die progressiven Elemente in ihre Kultur aufzunehmen.*“ (S. 8)

Welche „fortschrittlichen Elemente“? Warum wird von Mayer nicht gesagt, was er unter „fortschrittlich“ versteht? „Progressiv“ ist, was deutsch ist – für die Bourgeoisie. Und was passiert, wenn etwas nicht als „fortschrittlich“ angesehen wird, aber unabdingbar zur Kultur und zur Religion der Migranten gehört wie Schächten und Beschneiden? Dann haben wir Kommunisten doch das **Recht** auf Beschneidung und Kopftuch zu verteidigen gegen den deutschen Imperialismus, der schon ganzen Völkern das Existenzrecht abgesprochen hat.

Das alles kann auch so „gewendet“ werden, dass sich die Ausländer gefälligst an deutsch-imperialistische Sitte und Moral anzupassen haben. Sollen Immigranten nur dann erleichterten Zugang zu Wohnraum, Bildung etc. erhalten, wenn sie „progressive“ Elemente unserer Kultur aufnehmen? Welche? Und wer bestimmt das? Da nützt es auch nichts anzuklatschen – um irgendwie die Kurve zu kriegen: „– also das Gegenteil von Assimilation und es geht vor allem um den klassenpolitischen Inhalt.“

### Quellen und Anmerkungen:

- [1] [www.isw-muenchen.de/download/krisenrechtspopulismus-ref-lm-201207.pdf](http://www.isw-muenchen.de/download/krisenrechtspopulismus-ref-lm-201207.pdf)
- [2] zum Beispiel Kurt Gossweiler, *Die Strasser-Legende*, 1994



Toto Lyna

# DIE ROLLE DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS IN DER SYRIEN-KRISE

*In der Politik gegenüber Syrien verfolgt der deutsche Imperialismus zwei Linien. Das äußert sich auch in zwei teilweise einander widersprechenden Studien der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), einem Thinktank des deutschen Imperialismus.*

Die eine Studie aus dem Nahost-Experten-Team der Stiftung riet zur Vermeidung einer Gewalteskalation und einer ausländischen Intervention. Ihr zufolge steht eine große Mehrheit des syrischen Sicherheitsapparats zum Präsidenten, sei die Freie Syrische Armee keine ernstzunehmende Bedrohung für das Regime und ein ethnischer Bürgerkrieg abzusehen. Die weitere Militarisierung des Aufstandes werde die Kräfteverhältnisse nicht wesentlich verändern. Deutschland solle die Isolation des Regimes, auch im Inland, betreiben.

Andererseits die Experten für Sicherheitspolitik der SWP. Diese sind

Anhänger einer ausländischen Intervention, letztendlich mit deutscher Beteiligung. Auch ohne UN-Mandat sei eine militärische Intervention möglich. In der Studie werden Kriegsszenarien vorgestellt. *German Foreign Policy* zitiert in dem Zusammenhang Herrn Voigt (SPD), ehemaliger Koordinator der Bundesregierung für deutsch-amerikanische Zusammenarbeit. Er sagt, man müsse das ganze aus „machtpolitischem Blickwinkel“ betrachten. Ähnlich argumentierte Hans-Christof Kraus in der FAZ: Es gehe nicht darum, der „bedauernswerten syrischen Bevölkerung zu helfen“, sondern um „geostrategische Erwägungen“ und „Machtspolitik“. [1]

Die deutsche Bourgeoisie stimmt mit den anderen westlichen Imperialisten in der Zielsetzung, das syrische Regime zu stürzen, aus den verschiedensten Gründen überein. In der Syrien-Krise geht es dem deutschen Imperialismus um Kriegsvorbereitungen gegen

den Iran, die Umzinglung der sozialistischen Volksrepublik China und der Russischen Föderation. Es geht ebenfalls um die Ausplünderung der syrischen Märkte. Die Differenzen zwischen dem deutschen Imperialismus und den anderen imperialistischen Staaten liegen in den Details. Bei der Kriegsvorbereitung gegen den Iran ist die deutsche Bourgeoisie unentschlossen. Zum einen machen einige deutsche Monopole wie Siemens und Co. gute Geschäfte mit dem Mullah-Regime, zum anderen sind andere Monopole am Sturz des iranischen Regimes interessiert, ebenfalls aus ökonomischen Interessen.

### Welche konkreten Interessen verfolgt der deutsche Imperialismus in Syrien?

Die Deutsche Rohstoffagentur (Lobbyvereinigung der Energiekonzerne) schrieb in einer Pressemitteilung: „Vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Entwicklung in Syrien gibt die

Deutsche Rohstoffagentur (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) Informationen zu Vorräten und Potenzialen von Erdöl und Erdgas sowie den Energierohstofflieferungen nach Deutschland heraus.“ Und formuliert danach die Zielsetzung: „Das bisher etwa 2300 km lange Gaspipeline-Netz soll in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Die Arab Gaspipeline (AGP) aus Ägypten über Jordanien soll bis 2012 an das türkische und damit europäische Gaspipelinennetz angeschlossen werden. In Homs wurde 2004 ein nationales Gaskoordinierungs- und Verteilungszentrum errichtet. Damit versucht Syrien seine geographische Mittel-lage zwischen Europa und den öl- und gasreichen Staaten des Nahen Ostens (insbesondere Irak und Ägypten) als ‚oil and gas hub‘ zu nutzen.“

Syrien ist ein Erdöl- und Gasknotenpunkt zwischen den öl- und gasreichen Staaten des Nahen Osten. Im Rahmen der so genannten Energiewende gewinnt ein solches Projekt für den deutschen Imperialismus größere Bedeutung. Syrien ist ein geostrategischer Knotenpunkt. Ergänzend dazu gibt es deutsche Projekte zur Wiederbelebung des Bagdad-Bahn-Projekts. Die Deutsche Bahn ist laut German Foreign Policy in den arabischen Golfstaaten sehr aktiv. Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU), Mitglied der Deutschen Burschenschaften, sagte kurz vor dem Aufstand in Syrien: „Ich denke zum Beispiel an eine Eisenbahnverbindung, die den Persischen Golf mit dem Mittelmeer verbindet. (...) Produkte aus dem Nahen und aus dem Mittleren Osten könnten in Zukunft auf neuen Schienenstrecken zu den großen syrischen Häfen gebracht und von dort aus nach Hamburg verschifft werden.“ Bis zur Vollendung der syrischen Schienenstrecken werde „die Fahrinne der Untertelbe (...) hoffentlich vertieft sein“. Insgesamt gehe es „um infrastrukturellen Ausbau auf breiter Front“. Involviert seien „Schiene, Straße, Flugverkehr, maritime Wirtschaft, Energieversorgung und Telekommunikation“. [2]

### **Deutschland treibende Kraft**

*Die Zeit* veröffentlichte einen Artikel über das geheime Zusammentreffen syrischer Oppositioneller – u. a. der Muslimbruderschaft und Generälen der Freien Syrischen Armee – im Haus

der Stiftung Wissenschaft und Politik in Kooperation mit Vertretern des US-Imperialismus. Ziel war, Pläne für die Zeit nach dem Sturz des syrischen Regimes zu entwerfen. Der deutsche Imperialismus ist somit ein entscheidender Planer für die Zeit nach Assad und dürfte einer der größten Profiteure sein.

Auch in der EU ist Deutschland eine treibende Kraft für die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Syrien. Es geht um die Verschlechterung der Lebensbedingungen der syrischen Bevölkerung, um das syrische Volk durch Aushungern zur Revolte gegen das syrische Regime zu bewegen. Ergebnisse dieser Strategie werden in Berichten der syrischen Kommunisten festgehalten. Seit Beginn der Krise in Syrien stieg die Armutsrate von zehn Prozent auf etwa 50 Prozent. Es gibt einen Reallohnverlust in dem einen Jahr der Krise um etwa 50 Prozent. Ein Beispiel: die Gaspreise haben sich seit unserer Flucht aus Syrien vor zehn Jahren um das 17-Fache gesteigert. In derselben Periode sind die Löhne lediglich um das Dreifache gestiegen! Das ist die deutsche Politik gegenüber Syrien.

Deutschland ist auch im Sicherheitsrat eine treibende Kraft zur weiteren Eskalation. Im vergangenen Jahr verhinderten das Veto der Russischen Föderation und der VR China eine deutsche Resolution, die ein Ultimatum an Syrien richtete. An allen weiteren eskalierenden Resolutionsentwürfen war Deutschland beteiligt. Die Rolle des deutschen Imperialismus in der Syrien-Krise ist aber weit verzwickter. Es geht hier um neue und alte Bündnispartner, die die hauptsächliche Rolle in der Eskalation in Syrien übernehmen. Es handelt sich um Katar, Saudi-Arabien, Kosovo und Türkei.

### **Bündnispartner**

In der Türkei befindet sich das offizielle Hauptquartier der Freien Syrischen Armee. Die Türkei bietet dem syrischen Nationalrat und der Muslimbruderschaft ihre Hauptbüros außerhalb Syriens. Die islamistische AKP des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan versucht, über vermeintliche außenpolitische Erfolge von den eigenen sozialen Problemen abzulenken und sich als mögliches neues Kalifats-Zentrum über die sunnitische arabische Welt als regionale Kraft gegenüber Israel und Iran zu etablieren. Sie ist zumindest historisch

einer der engsten Bündnispartner des deutschen Imperialismus.

Zum Kosovo schreibt *German Foreign Policy*: „Einige syrische Aufständische wurden im Kosovo über Methoden der Aufstandsgestaltung instruiert – offenbar unter den Augen der dort stationierten deutschen Soldaten.“ Für die deutschen Strategen aus der SWP eignet sich der Kosovo-Krieg 1999 (der erste aktive Krieg des deutschen Imperialismus nach 1945) als Vorbild eines Krieges gegen Syrien. [3]

Ein dritter neuer Bündnispartner ist Saudi-Arabien, der langjährige Juniorpartner des US-Imperialismus im Nahen Osten. Saudi-Arabien ist wie die Türkei ein Hauptkriegshetzer gegen Syrien, finanziert offiziell die syrische FSA und unterstützt sie mit allem, was die Saudis können; womöglich auch mit islamistischen Kämpfern aus dem Umfeld der Al-Qaida, aber auch mit Waffen. Saudi-Arabien bietet zahlreichen syrischen Islamisten ein Exil, von wo sie ihre Hetze betreiben können. Interessant ist die Hinwendung der Saudis in Richtung Deutschland. Es fand in letzter Zeit ein Großdeal zwischen Saudi-Arabien und dem deutschen Rüstungsmonopol Rhein-Metall mit 800 Panzern deutscher Produktion im Wert von über zehn Milliarden Euro statt. Das deutet auf eine allgemeine Kräfteverschiebung zwischen dem deutschen und US-amerikanischen Imperialismus in der Region hin.

Ein vierter neuer Bündnispartner des deutschen Imperialismus ist Katar. Seit 2003, seit dem Irak-Krieg, haben sich die US-amerikanisch-katarischen Beziehungen verschlechtert. Damals hatte US-Präsident Bush einen Konflikt mit dem katarischen Sender Al-Jazeera ausgelöst. Im Irak wurden Al-Jazeera-Journalisten von US-Soldaten ermordet und Bush wollte sogar das Hauptquartier des Senders in Katar selbst bombardieren, falls die pro-irakische Widerstandsberichterstattung des Senders nicht aufhöre. 2003 positionierte sich der deutsche Imperialismus in Sachen Irak-Krieg gegen den US-Imperialismus. Insgesamt kühlten die katarisch-amerikanischen Beziehungen ab. Stattdessen besuchten Katar deutsche Politiker wie Bundespräsident Wulff, Außenminister Westerwelle und die Bundeskanzlerin Merkel. Der katarische Emir besuchte ebenfalls Deutschland. Diese Besuche



fanden innerhalb kürzester Zeit von weniger als zwei Jahren statt. Das ist eine bemerkenswerte Intensität für ein solch kleines Land wie Katar. Im Mai 2012 trafen sich Horst Köhler, der türkische Ministerpräsident Erdogan und der katarische Ministerpräsident Al-Tani im Astana Economic Forum in Kasachstan. Dort sprachen die „Leaders“ über eine neue Finanz- und Wirtschaftspolitik und formulierten Forderungen an die G20-Staaten. [4]

Zusätzlicher und interessantester Aspekt der neuen deutsch-katarischen Verhältnisse ist Katars Kauf von Teilen des VW-Konzerns im Jahr 2009. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Katar wurde seitdem ausgebaut. Katars Rolle in der Region ist in letzter Zeit gewachsen, das Land beteiligte sich aktiv an dem Krieg gegen Libyen und ist ebenfalls ein Hauptkriegshetzer und Finanzier der syrischen FSA.

Mir ist klar, dass Deutschland nicht komplett die Staaten Saudi-Arabien, Katar oder die Türkei in seine Halbkolonien verwandelt hat. Dafür ist die

Kapitalverflechtung bspw. der Saudis mit dem US-Imperialismus zu stark, außerdem befindet sich eine starke US-militärische Präsenz in Katar und Saudi-Arabien. Aber was bereits in der FAZ leicht mitklingt ist, dass der US-Imperialismus relativ an einer ökonomischen Schwäche leidet, dagegen befindet sich der deutsche Imperialismus in einer relativen ökonomischen Stärke. Dies ermöglicht dem deutschen Imperialismus seine verdeckte und offene Aggressivität gegenüber Syrien in der Einflussphäre des US-Imperialismus.

In der oppositionellen kommunistischen Partei Syriens wird eine kriegsrische Intervention nicht ausgeschlossen. Aufgrund der Wirtschaftskrise steigt die Gefahr des Kriegs als Form der kapitalistischen Krisenlösung. Für uns als deutsche Anti-Imperialisten und Kommunisten gilt es, die Interessen des deutschen Imperialismus zu benennen und sie anzugreifen, auf die sich zuspitzenden zwischen-imperialistischen Widersprüche hinzuweisen und das pazifistische Geschwafel des deutschen Imperialismus zu entlarven. Unser Beitrag zur Solidarität mit dem syrischen

Volk, der syrischen Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Vorhut ist der organisierte Dolchstoß gegen unsere eigenen Herren.

#### Quellen und Anmerkungen:

- [1] [http://german-foreign-policy.com/Kriegsszenarien für Syrien](http://german-foreign-policy.com/Kriegsszenarien-für-Syrien), 6. 3. 2012
- [2] <http://german-foreign-policy.com>, Eine Frage der Taktik, 2. 5. 2012
- [3] <http://german-foreign-policy.com>, Mit der Uno zur Eskalation, 16. 5. 2012
- [4] [www.botschaft-kaz.de](http://www.botschaft-kaz.de)

*Der im Einverständnis des Autors gekürzte und redigierte Text stammt aus einem längeren Artikel des Autors „Versuch eines kommunistischen Standpunkts zum Bürgerkrieg in Syrien“ und ist in vollem Umfang auf der Website von T&P zu finden ([www.theoriepraxis.wordpress.com](http://www.theoriepraxis.wordpress.com)).*



*Sebastian Carlens*

## VERSAGEN, VERTUSCHUNGEN UND FAUSTISCHE VERSUCHUNGEN

Die Situation, in der das Entstehen einer neofaschistischen Terrorzelle möglich war, ist nach wie vor die gleiche: Sie heißt Kapitalismus.

Neonazis, die mit staatlichen Geldern Waffen erwerben; Verfassungsschutzspitzel, die faschistische Schlägertrupps anführen; diskrete Hilfe des Inlandsgeheimdienstes für braune Kameraden, die Ärger mit der Polizei haben – bis zum November 2011 waren diejenigen, die solche Annahmen äußerten, „Verschwörungstheoretiker“. Als sich am 4. November 2011 in Eisenach zwei Bankräuber in ihrem Wohnmobil erschossen, änderte sich das alles – seit die Existenz des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) bekannt wurde, der 13 Jahre lang sein Unwesen in der BRD treiben konnte, stellt sich die Frage, wer den Terroristen diese

unglaubliche konspirative Leistung ermöglicht hat. Ist es denkbar, dass drei Terroramateure aus dem Stand heraus zu kriminalistisch beinahe perfekten Verbrechen in der Lage waren? Keine verwertbaren Spuren hinterließen? Nie auch nur in die engere Fahndung gerieten? Ohne diesen Vergleich zu weit treiben zu wollen, denn politisch ist dort nichts vergleichbar: Die RAF benötigte Jahrzehnte Erfahrung, um wenigstens keine allzu offensichtlichen Spuren an den Tatorten ihrer Anschläge zu hinterlassen. Den drei jungen Neofaschisten aus Jena, die 1997 zunächst mit eher dilettantischen Anschlägen auffällig wurden, 1998 den „NSU“ gründeten und nur zwei Jahre später mit einer Mordwelle begannen, gelang dies aus dem Stand heraus. Zehn Menschen starben in sieben Jahren, und die Täter – nicht zu schnappen.

#### Eigenleben der Repressionsapparate

Nicht nur besorgten Antifaschisten, sondern auch vielen bürgerlichen Politikern, selbst etlichen Beamten aus den unterschiedlichen, mehr oder weniger tief verstrickten Behörden ist der ernsthafte Wunsch, die Terrorwelle lückenlos aufzuklären, abzunehmen. In den einzelnen Landes- und Bundesuntersuchungsausschüssen arbeiten Abgeordnete mit unterschiedlichem Parteibuch in kleinteiliger Fleißarbeit daran, aus den Aktenbergen Hinweise auf den NSU herauszufiltern. Und Regierungsparteien wie Opposition kann nicht ernsthaft an einer Erschütterung des Ansehens der BRD im Ausland gelegen sein, wie sie nach Bekanntwerden der Terrorwelle eintrat. Bei aller berechtigten Überlegung, wer über den NSU zu

mindest schützend die Hand hielt: Die Vorstellung, die Regierung selbst könnte die Terrorbande gedeckt haben, ist vollständig absurd. Zur medialen Flankierung und Durchsetzung antisozialer und rassistischer Maßnahmen genügte – wie Rostock-Lichtenhagen vor 20 Jahren – stets der klassische Mob, der herbeigeschriebene „Volkszorn“.

Aber es gibt zwei andere Faktoren, die bedacht werden sollten: Einerseits stellen die politischen Ausschüsse der herrschenden Klasse keinen monolithischen, widerspruchsfreien Block dar – sie streiten über das Tempo ihrer Maßnahmen, aber auch über Mittel und Wege, und die Entscheidungsfindung läuft oft genug nicht planvoll, sondern durch Versuch und Irrtum ab. Diese fehlende Voraussicht, die oftmals derart merkwürdig anmutet, dass zwangsläufig die Frage nach dem „tieferen Sinn“ aufkommt, entspricht letztlich der Anarchie der Produktion, die den Kapitalismus in allen Bereichen prägt. Andererseits entwickeln Teile der Repressionsapparate – eben durch die Widersprüche unter den ökonomisch und politisch Herrschenden – eine Art „Eigenleben“; eine Dynamik, die dem Selbsterhalt der Behörden und der Rechtfertigung ihrer Notwendigkeit vor den Parlamenten dient. Eine Aufklärung des NSU-Terrorfeldzuges, wie sie nach den Spielregeln des parlamentarischen Betriebes – mit Sonderermittlern, Untersuchungsausschüssen und Bund-Länder-Kommissionen – geführt wird, kann (ganz unabhängig von der Motivation der Abgeordneten) nur bis zu einem bestimmten Punkt Klarheit in die Rolle der Behörden bringen: Zur Frage der prinzipiellen Notwendigkeit politischer Inlandsgeheimdienste besteht schließlich eine „ganz große“ Koalition aller bürgerlicher Parteien.

Die Ämter selbst tendieren dazu, Fehler zu verbergen und Erfolge zu übertreiben – und gelegentlich die Tatsachen, die ihre Notwendigkeit schlagend belegen, selbst zu schaffen. Das „Celler Loch“, vom Verfassungsschutz in eine Gefängnismauer gesprengt und der RAF angelastet, fingierte Droh- und Bekenner schreiben, mit Staatsgeld angeschaffte und auf „Bild“-Lieferautos geworfene Molotow-Cocktails: Die Strategie des „counterinsurgency“, der irregulären Kriegführung nach innen, ist nicht nur dem amerikanischen FBI bekannt. Schließlich: Bewaffnete, uni-

formierte staatliche Organe üben Anziehungskraft auf Nationalisten und Antidemokraten aus. Politisch wurden die Repressionsorgane während der gesamten Existenz der BRD zudem gezielt von allen gesäubert, die im Ruche einer allzu demokratischen Gesinnung standen. Den braunen Ungeist, der vielerorts in Polizeidienststellen herrscht, illustriert der jüngst veröffentlichte Bericht des baden-württembergischen Innenministers Reinhold Gall: Polizisten, die SS-Siegelringe tragen; Beamte einer „Beweissicherungs- und Festnahmeinheit“, die sich kollektiv Glatzen schneiden und in „Thor Steinar“-Klamotten auftreten; ein Bundesgrenzschützer, der Flugblätter zur „Entausländerung Deutschlands“ verteilt – Beispiele des Berichts für rechte Umtriebe in Deutschlands Behörden. Und Beispiele für das sprichwörtlich blinde rechte Auge der Staatsmacht: Alle diese Beamten sind nach wie vor im Dienst.

### Gezielte Vertuschung

Auch der parlamentarische Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Zwickauer Terrorzelle geht unterdessen davon aus, dass der Verfassungsschutz gezielt zu Vertuschungen griff, um Spuren eigenen Versagens oder – noch drastischer – eigener Verstrickung in die Taten des NSU zu vernichten: Ein hochrangiger Geheimdienstler hat am 11. November 2011, also exakt eine Woche nach Enttarnung der Terrorzelle und dem Tod der NSU-Mitglieder Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos, etliche Akten zur sogenannten Operation „Rennsteig“ vernichten lassen. Im Rahmen dieser Operation hatten Bundes- und Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz gemeinsam mit dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) gezielt den militant neofaschistischen „Thüringer Heimatschutz“ (THS), aus dem später der NSU hervorging, mit Spitzeln durchsetzt. Brisanz gewinnt die Operation „Rennsteig“ gerade dadurch, dass so gut wie nichts über sie bekannt ist – auch der im Freistaat Thüringen eingesetzten Schäfer-Kommission, die das Versagen der Landesbehörden aufklären sollte, wurden die Akten zu dem Fall vorenthalten. Dabei ist es der Thüringer Verfassungsschutz selbst, der als Geburtshelfer der überregionalen neofaschistischen Szene in diesem Bundesland bezeichnet werden muss, denn mit Tino Brandt stand der einstige THS-Chef direkt im Sold des

Inlandsgeheimdienstes – als „V-Mann Otto“, der mindestens 200.000 DM kassierte. Brandt scheint jedoch nur die Spitze des Eisbergs zu sein: Nach den übriggebliebenen „Rennsteig“-Akten müssen mindestens elf weitere V-Männer im THS den Behörden zugearbeitet haben.

### Faktoren für die Bildung des NSU

Es war eine Gemengelage an Faktoren, die den NSU erst ermöglichten: Der Siegestaumel der herrschenden Klasse nach der Annexion der DDR, der Neuaufbau der dortigen Behörden mit einem Personal, das von Beginn an vor allem von rechts kam. Bürokratische Prozesse in den Ämtern, die letzten Endes zum „automatischen Subjekt“, zum Antriebsmechanismus der Behörden werden – wenn kein „Feind“ in Sicht ist, wird eben einer erschaffen. Politische Sympathie zumindest einzelner Beamter oder bestimmter Fraktionen in den Ämtern mit den Zielen (und vielleicht gar den Methoden) des NSU. Und – möglicherweise – die faustische Versuchung, selbst ganz große Politik zu machen, der mancher Schreibtischtäter erlegen sein könnte. So spezifisch die Situation während der Entstehung der Terrorzelle war, so wenig haben sich die Grundkonstanten, die den NSU erst möglich machten, bislang verändert – oder könnten sich, im Rahmen dieser Ordnung, verändern: Der Kapitalismus hat den Boden geschaffen, gedüngt und gepflügt, auf dem der NSU gedieh.

*Quelle: Berliner Anstoß; die Redaktion dankt für die Erlaubnis zur Übernahme*



# KAMPFKRAFT UND SOLIDARITÄT DEM KAPITAL GEOPFERT

## Ein Rückblick auf die Tarifrunde der IG Metall

Nach dem Tarifabschluss der IG Metall mit den Metall- und Elektrokapitalisten am 19. Mai 2012 in Baden-Württemberg hieß es dazu im IGM-Extranet: „Es ist geschafft. Unbefristete Streiks sind abgewendet.“ Das war nicht die Aussage von Kapitalverbandsvertreter Kannegießer (Gesamtmittel), sondern die Meinung des IGM-Vorstands. Da fehlt nur noch ein „Gott sei Dank“ fürs Streikabwenden. Das betrachtet offensichtlich die große Mehrheit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in den Auseinandersetzungen mit dem Kapital als eine ihrer Hauptaufgaben.

Zufrieden äußerte sich IGM-Vorsitzender Huber: „Die Entgelterhöhung von 4,3 Prozent ist die höchste der letzten 20 Jahre.“ Das korrekte Ergebnis ist das allerdings nicht. Die 4,3 Prozent schrumpfen bei einer Tarifvertragslaufzeit von 13 Monaten auf 3,96 Prozent. Das ist die Summe, die sich das Metall- und Elektrokapital den Streikverzicht hat kosten lassen. Nach Meinung von Huber nehmen die Beschäftigten dadurch am Wohlstand teil [1]. „Auf dieses Ergebnis können wir stolz sein“, stellte er fest [2]. Und das in einer Situation, in der das Kapital ständig selbst von gefüllten Auftragsbüchern redet und die Großen, wie die Automobilkapitalisten, Milliardenprofite in die Tresore schauen.

Mit dem Abschluss unter vier Prozent passt der Tarifvertrag wieder ins Gefüge der letzten 20 Jahre. In dieser Zeit wurden die Lohnabhängigen insgesamt an niedrigere Lohnerhöhungen und damit an einen niedrigeren Lebensstandard gewöhnt. „Die Arbeiter gewöhnen sich nach und nach an einen immer niedrigeren Lebensstandard. Während die Arbeitszeit eine Tendenz zur Verlängerung zeigt, nähern die Löhne sich immer mehr ihrem absoluten Minimum – jener Summe, unterhalb derer es für den Arbeiter unmöglich wird, zu leben und sein Geschlecht fortzupflanzen.“ [3]

Die Gewerkschaftsführungen – allen voran die IGM – haben kräftig mitgeholfen, diese Entwicklung mit einer Latte von Lohnopferprogrammen voranzutreiben („Pforzheimer Abkommen“, unentgeltliche Arbeitszeit/Überstunden und ERA durch die IG Metall, Abgruppierungen über TVÖD durch ver.di u. a.). Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. So wird in Spiegel online vom 19. 5. 2012 über die Zahnlosigkeit unserer Gewerkschaft gelästert: „Der Lohnkostenanteil in der hochtechnisierten Metallindustrie liegt inzwischen so niedrig, dass es sich für die Arbeitgeber längst nicht mehr lohnt, deswegen einen flächendeckenden Streik zu riskieren. Lieber den Arbeitern etwas mehr zahlen, so die vorherrschende Logik, als zu riskieren, dass teure Maschinen während eines Streiks stillstehen und wichtige Aufträge verlorengehen.“

Unsere Löhne sind inzwischen so weit heruntergewirtschaftet, die Kluft zwischen Arbeitern und Kapitalisten in der Metallindustrie so groß, dass die Unternehmer unsere Löhne aus der Portokasse zahlen. Die Kapitalisten fürchten zurzeit nichts so sehr wie unsere potenzielle Kampfkraft, unseren Streik.

### Wer bedroht uns – die Leiharbeiter oder das Kapital?

Ihre Verhandlungsmacht haben die Arbeitgeber auf einen anderen Punkt des Tarifabschlusses gelegt: auf die Leiharbeit. „Leiharbeit fair gestalten“ ist die offizielle Losung der IG Metall, statt für das Verbot der Leiharbeit zu kämpfen und damit gegen die Spaltung der Arbeiter in „Stammebelegschaften“ und Leiharbeiter vorzugehen. So sieht nun die „faire Gestaltung“ aus: „Jetzt steht im Tarifvertrag, dass Leihbeschäftigte nur noch eingesetzt werden, wenn klar ist, dass sie die Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze der Stammbeschäftigten nicht bedrohen“ [4]. Das

ist mal ein offenes Wort: Es geht also nicht darum, die Solidarität aller Arbeiter herzustellen. Sondern die IG Metall ist für die Stammebelegschaften da und sorgt dafür, dass diese Stammebelegschaften nicht von Leiharbeitern „bedroht“ werden!

Festgelegt wurde auch, dass Leiharbeitern nach zwei Jahren im gleichen Betrieb eine Festanstellung angeboten werden muss. Das betrifft aber nur eine Minderheit dieser doppelt ausgebeuteten Kollegen, die Mehrheit arbeitet unter zwei Jahren im gleichen Betrieb [5]. Diejenigen, die in den „Vorzug“ dieser neuen Bestimmung kommen, dürfen nun zwei Jahre lang buckeln und die Klappe halten in der Hoffnung, fest eingestellt zu werden.

Freude hat bei vielen Leiharbeitern erst mal ein weiterer Tarifvertrag ausgelöst, den die IG Metall mit zwei Verbänden der Sklavenverleiher abgeschlossen hat. Es handelt sich um einen Branchenzuschlag, der einen Teil der Differenz zwischen Leiharbeiterlohn und Tariflohn ausgleicht. Aber selbst diese Verbesserung hat die IG Metall mit einer drastischen, langfristigen Verschlechterung bezahlt: Gesetzlich ist gleicher Lohn für Stammebelegschaft und Leiharbeiter vorgeschrieben – es sei denn, es besteht ein Tarifvertrag, der etwas anderes sagt. Für das schmutzige Geschäft solcher Tarifverträge waren zunächst die „christlichen“ Scheingewerkschaften „zuständig“. Nachdem ihnen die Tariffähigkeit gerichtlich aberkannt wurde, übernahmen die DGB-Gewerkschaften die Sache. Dieser Ungeheuerlichkeit wird jetzt durch den neuen Tarifvertrag noch eins draufgesetzt: Die ungleiche Bezahlung soll nun bis zum Jahr 2017 gelten!

Aus all diesen Gründen kann das Kapital wirklich sehr zufrieden sein – wobei das noch lange nicht alles ist, was die IG-Metall-Führer diesmal verschenkt haben. Die „Flexibilisierung“

der Arbeitszeit wurde ausgeweitet und insgesamt damit die Arbeitszeit weiter verlängert.

Und was den „Erfolg“ der Übernahme der Auszubildenden in ein festes Arbeitsverhältnis betrifft, so verkündet „Gesamtmetall“ auf seiner Homepage: „Die unbefristete Übernahme ist wie bisher auch der betriebliche Normalfall. Für welche und wieviel Ausgebildete sie gilt, bestimmt allein der Arbeitgeber.“ Damit ist eigentlich alles über diese „Verbesserung“ gesagt. Und was sagt der IGM-Vorsitzende Huber dazu: Die Auszubildenden haben nun „ein Stück Optimismus zur Bewältigung der Zukunft“ [6]. Statt Pessimismus ist nun Optimismus tarifvertraglich festgeschrieben!

### **Streikverhinderung**

„Warnstreiks – Generalprobe für den Ernstfall“ erklärte der IGM-Vorstand am 2. Mai 2012 im IG Metall Infoservice. Doch der Ernstfall war nicht geplant. Noch während der Warnstreiks waren „unsere Regisseure“ bemüht, alles dafür zu tun, die eigentliche Uraufführung, den „unbefristeten Streik“, als Ernstfall zu verhindern. Schon die „Generalprobe“ wurde ständig durch „Kampfpausen“ – Verhandlungen – unterbrochen. Ziel war die bewusste Zurückhaltung der gewerkschaftlichen Kampfkraft, wie schon so oft, diesmal in einer für die Lohnabhängigen günstigen wirtschaftlichen Situation.

Nach den Angaben in der Metallzeitung haben über 833.000 Kolleginnen und Kollegen bei Warnstreiks ihre Streikbereitschaft zum Ausdruck gebracht. Sie wurde auch nicht ansatzweise dafür genutzt, wenigsten einen Teil von ihnen mit einer Urabstimmung auf einen unbefristeten Streik vorzubereiten. Dann wären die Warnstreiks zu Solidaritätsstreiks geworden und alle Beteiligten hätten erfahren, wie stark sie sind und wie das Ergebnis ausgefallen wäre, wenn sie ihre ganze organisierte Kraft in die Waagschale hätten werfen dürfen. Bei der jetzigen Vorgehensweise erfährt das niemand.

Wie soll sich so dauerhaft Klassenbewusstsein und Klassensolidarität, Disziplin, Ausdauer im Kampf usw. entwickeln? Wo, wenn nicht in den Gewerkschaften sollen die Lohnabhängigen das lernen und Kampferfahrungen

sammeln? Das ist nicht möglich, wenn die Auseinandersetzungen mit dem Kapital durch die Gewerkschaftsführer auf Jahre hinaus hauptsächlich auf das „Kampfmittel“ Warnstreik beschränkt werden. Hierbei werden die Gewerkschaftsmitglieder, die Belegschaften immer dann wieder nach Hause geschickt, wenn sie beginnen, die in der gemeinsamen Aktion liegende Kraft zu spüren und Freude an der Auseinandersetzung bekommen. Das führt zur Demoralisierung und Ruinierung der gewerkschaftlichen Kampfkraft.

Was ist nun zu tun für klassenbewusste Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter? In der Auseinandersetzung mit Kollegen die Chancen der Situation darstellen, Streikvermeidung und Standortlogik angreifen, konkret gegen Hubers Äußerungen Stellung beziehen. Die geringen Möglichkeiten, wie die Basis Einfluss nehmen kann, kritisieren, die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation fordern. Selber Vertrauensmann/frau werden, wer es noch nicht ist. Die Verbindung mit anderen Vertrauensleutegremien suchen, um gemeinsam den Widerstand aus den Betrieben zu organisieren, damit der Kampf gegen das Kapital besser geführt werden kann!

### **Quellen:**

- [1] IGM Infoservice 2.5.12
- [2] Metallzeitung Juni 2012
- [3] Friedrich Engels, 1881
- [4] Metallzeitung Juni 2012
- [5] Metallzeitung Juni 2012
- [6] [www.financial.de/news/agenturmeldungen/metaller-lassen-bei-kampf-an-dreifronten-maechtlig-federn/](http://www.financial.de/news/agenturmeldungen/metaller-lassen-bei-kampf-an-dreifronten-maechtlig-federn/)



Johannes Magel

## LINKE UND NATION

Der Band aus dem Wiener Promedia Verlag umfasst knapp 200 Seiten und kommt als schlichte Textsammlung daher. Stefan Bollinger, der bescheiden als Herausgeber firmiert, hat mit diesem Band das Verdienst erworben, Texte zu einer zunehmend wichtigen Frage linker Debatten zugänglich zu machen, die ansonsten nur mit Mühe zu erschließen wären.

Das Buch umfasst neben dem Einleitungskapitel, über das noch zu sprechen sein wird, folgende Kapitel:

- I. Die Internationalisten  
Texte von Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel, Karl Kautsky, und Rosa Luxemburg.
- II. Die Verfechter der Selbstbestimmung  
Texte von Wladimir Iljitsch Lenin, Josef Wissarionowitsch Stalin, Lew Davidowitsch Trotzki und Antonio Gramsci.
- III. Das Konzept der kulturellen Autonomie  
Texte von Otto Bauer und Karl Renner.
- IV. Die linken Nationalisten  
Texte von James Conolly, Ho Chi Minh, Mao Zedong und Harry Haywood.
- V. Sonderfall Linke und deutscher Faschismus  
Texte von Karl Radek, Alexander Abusch und Anton Ackermann.

Jeder Text ist mit einem Vorwort des Herausgebers versehen, in denen diese in ihren historischen Zusammenhang gestellt werden und die zentralen Themen linker Debatten und Kontroversen kundig und nachvollziehbar entwickelt werden. Die sorgfältigen Quellenangaben und Hinweise auf weiterführende Texte geben allen, die sich der Thematik Linke und Nation genauer befassen

möchten, gute Arbeitsmittel in die Hand, um sich die Thematik historisch und analytisch weiter zu erschließen.

Der Band hilft, sich einem Thema zu nähern, an dem sich die marxistische Linke seit Marx und Engels theoretisch abgearbeitet und vielfach auch die Zähne ausgebissen hat. Im Einleitungskapitel skizziert Bollinger die Theoriegeschichte marxistischer Diskussion zu den Fragen von Nationalität, Nation und Nationalstaat von Marx und Engels bis in die gegenwärtige Zeit. Dabei wird belegt, dass die produktivste Phase dieser Diskussion im Vorfeld des ersten Weltkrieges und in der Zeit unmittelbar nach der Oktoberrevolution liegt. Die Gedanken Lenins und Stalins, die die Grundlage für den Ansatz bilden, den Kampf um nationale Selbstbestimmung zum Bestandteil einer revolutionären Strategie im Zeitalter des Imperialismus zu machen, zeigen in besonderer Weise die Produktivität marxistischer Theorieentwicklung in dieser Phase. Der Text hütet sich dabei vor Einseitigkeit und Schönfärberei: Erkenntnisfortschritt, historische Relativität, Irrtümer und offene Fragen marxistischer Theoriegeschichte auf diesem Feld werden in diesem Abriss deutlich.

Mit dem Einleitungskapitel hat Bollinger ein doppeltes Verdienst erworben. Es meldet den Anspruch auf die Rückgewinnung von Territorium an und das gleich in doppeltem Sinn, nämlich auf das Feld marxistischer Theorieentwicklung *und zugleich* auf das Feld politisch-praktischer Aktivität der Linken.

Er subsumiert die Grunderkenntnis der Autoren, deren Texte er dokumentiert: „Augenscheinlich begriffen sie zweierlei: Dass die Nation eine historisch gewordene und vergehende Tatsache ist, die eng mit dem Aufstieg des Kapitalismus und den Klassenkämpfen verbunden war, und zunächst ein Projekt der Bourgeoisie gegen feudale Zer-

splitterung und mangelnde Demokratie darstellt. Aber die Nation bietet dem Bürgertum auch die Möglichkeit, den Klassenkampf in gemeinschaftliche Losungen aufzulösen und die Arbeiter gegen die äußere Bedrohungen oder fremde Bedrängung oder für die eigene nationale Größe zu mobilisieren.“ (S. 37) Als Quintessenz, sozusagen für das Vokalbelheft des theoretischen Arbeitens, hält er fest: „Als Teil eines Kategoriensystems zur wissenschaftlichen Durchdringung des modernen Kapitalismus, in dem letztlich die wirtschaftlichen Strukturen, die Macht- und Eigentumsverhältnisse entscheidend sind, bleibt die Nation unerlässlich.“ (S. 11)

Eine politisch-praktische Rückgewinnung von Territorium heißt zunächst richtiges Erfassen von Realität: „Seit 1989 begann eine kapitalistische Reconquista unter der Losung der Globalisierung. Der Widerstand wird zwar grenzüberschreitend gegen einen oft transnational antretenden, modernen Kapitalismus und seine Monopole ausgerufen, aber reale Kampffelder bleiben vorerst die nationalen Zusammenhänge und Nationalstaaten“ (S. 10). Bollingers Fazit und These für den gegenwärtigen Kampfabschnitt: „Als wesentliches Kampffeld im antikapitalistischen und antimonopolistischen Kampf wird sie (die Nation – J. M.) – trotz anderer Angebote von der Region über die Europaidee bis zum Weltbürgertum – in den meisten Staaten wichtig bleiben.“ (S. 11)

Das Einleitungskapitel enthält einen knappen Exkurs zur Frage der Europäischen Union: „Die Position zu Europa bzw. zur Europäischen Union als wirtschaftlicher und politischer Union sowie zur Globalisierung ist eine der zentralen Fragen für die heutige Linke“ (S. 25). Bollinger stellt die Position Lenins zur Losung der Vereinigten Staaten von Europa dar, skizziert dann Kriterien für ein Europa, das für eine soziale Politik zugunsten der Arbeitenden, für eine ökologische und friedliebende und de-

mokratisch legitimierte Politik stünde, um dann festzustellen: „Eine solche Europäische Union steht heute nicht auf der Tagesordnung und ist angesichts des vorhandenen Kräfteverhältnisses – in dem die Sozialdemokratie in der Regel nicht mehr auf linken Positionen steht – auch in absehbarer Zukunft nicht zu erreichen. Das Eintreten für eine Verfassung der EU, die auch positive soziale Regelungen festschreibt, aber gleichzeitig die Freiheit des Eigentums betont und an einer militarisierten Außenpolitik festhält, wirkt hierbei unreal und desorientierend.“ (S. 28)

Nach dieser wohlbegründeten Absage an jede transformatorische Schwärmerei formuliert Bollinger seine These über einen sinnvollen positiven Bezug der Linken auf die Souveränität der Nationalstaaten gegenüber der EU: „Der nationale Bezug, die Behauptung des jeweiligen einzelnen Staates und seiner Souveränität wird auch für die Linke zu einer – möglicherweise ungeliebten – Herausforderung: Die Nation eben nicht den Rechtsextremen zu überlassen, sie als verteidigungswerten Ort von Sozialstaat und Grundlage der Demokratie zu sichern und dafür neue

Antworten zu finden. Die Nation, der Nationalstaat bzw. der durchaus von unterschiedlichen Nationen oder Nationalitäten geprägte souveräne Staat sind unverändert der Raum und oft auch das Ziel politischer Kämpfe.“ (S. 29)

*Stefan Bollinger (Hrsg.): Linke und Nation, Klassische Texte zu einer brisanten Frage; Promedia Verlag, Wien 2009 ISBN 978-3-85371-302-0; 192 Seiten, 12,90 Euro*



## LESERBRIEF

Ingo Wagner

# WISSENSCHAFTLICHER SOZIALISMUS, NICHT KLEINBÜRGERLICHER SOZIALISMUS

In medias res. Das letzte Heft von Theorie & Praxis (Ausgabe 29) habe ich mit großem Interesse gelesen. Die Beiträge von Jörg Högemann und Daniel Bratanovic zu Leo Mayers Texten über Gramsci treffen den Nagel auf den Kopf. Sie sind ein Beitrag dafür, „wie die DKP sich entwickeln muss, will sie langsam an Einfluss in der Arbeiterklasse gewinnen“ (R. Münder). Die Parteitheorie Lenins muss sicherlich mit Blick auf das 21. Jahrhundert weitergedacht werden. Die neuen Fragen heute sind aber nach wie vor durch das Prisma der Erkenntnis Lenins zu betrachten und zu beantworten – in Abgrenzung zu allen Spielarten des kleinbürgerlichen Sozialismus.

Das tat Lenin bereits in seiner Zeit. Er monierte aber zugleich, „den Sozialismus als das Klasseninteresse des

Proletariats“ zu betrachten. Eine solche Gleichsetzung bezeichnete er als äußerst ungenau, zweideutig und gefährlich. „Eine solche Identifizierung ist aber völlig falsch. (...) Das ‚Klasseninteresse‘ zwingt die Proletarier, sich zu vereinen, gegen die Kapitalisten zu kämpfen, über die Bedingungen ihrer Befreiung nachzudenken. Das ‚Klasseninteresse‘ macht sie für den Sozialismus empfänglich. Aber der Sozialismus, als Ideologie des proletarischen Klassenkampfes, ist den allgemeinen Bedingungen der Entstehung, Entwicklung und Festigung einer Ideologie untergeordnet, d. h. er fußt auf dem gesamten Rüstzeug des menschlichen Wissens, setzt eine hohe Entwicklung der Wissenschaft voraus, erfordert wissenschaftliche Arbeit usw. usf. In den Klassenkampf des Proletariats, der sich auf dem Boden der kapitalistischen Verhältnisse spontan entwi-

ckelt, wird der Sozialismus von den Ideologen *hineingetragen*.“ (Lenin, Werke, Bd. 6, S. 155)

In meiner Sicht gilt dies wie eh und je. Unter den heutigen Bedingungen gewinnt die Verteidigung, Pflege des wissenschaftlichen Sozialismus, seine Weiterentwicklung – und damit ebenfalls die Aufnahme und Verarbeitung der von der Bewegung selbst aufgeworfenen theoretischen Fragen – besondere Bedeutung. Also nicht kleinbürgerlicher Sozialismus, sondern wissenschaftlicher Sozialismus ist das Gebot der Stunde!

# WIE MUSS SICH DIE DKP VERÄNDERN?

*In dieser Rubrik wollen wir notwendige Überlegungen zur Taktik unserer Partei, aber auch über strategische Orientierungen anstellen. Es soll dabei um die konkrete Kleinarbeit vor Ort gehen, im Betrieb oder der Kommune, im Bündnis oder als eigenständige Aktion. Die inhaltliche Klammer bildet die Überlegung, wie sich die DKP politisch-ideologisch stärken kann und dabei neue Genossinnen und Genossen gewinnt.*

*Wir brauchen eine Debatte darum, wie wir uns als Kommunistische Partei stärken können, d. h. wo unsere konkrete Zielgruppe innerhalb der Klasse ist und wie wir uns als Partei aufstellen müssen.*

Bernd Blümmel

## VERTRAUENSLEUTE ALS BASIS KÄMPFERISCHER GEWERKSCHAFTSARBEIT

### Zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der DKP Darmstadt

*Die Tarifrunde 2012 bei der Deutschen Telekom und ihren Tochterunternehmen ist gelaufen. Mit diesem Artikel wollen wir eine Auswertung des Arbeitskampfes angehen und aus unseren Erfahrungen Ansätze zur Frage liefern, welche Aufgabe wir Kommunisten in konkreten Auseinandersetzungen im Betrieb aber auch grundsätzlicher in der Gewerkschaft haben.*

Die gewerkschaftliche Situation bei der Telekom ist alles andere als rosig. In weiten Teilen liegt die Vertrauensleutearbeit am Boden. Darmstadt, Südhessen, gehört zu den Bezirken mit arbeitsfähigen VL-Strukturen. In diesen Strukturen, im Vorstand des ver.di-Bezirks Südhessen und im Betriebsrat der Telekom sind Genossen der DKP vertreten.

In Vorbereitung der Tarifrunde 2012 gab es in Südhessen eine Mitgliederversammlung (MV) zur Diskussion und Beschlussfassung der Forderungen, was kein bundesweiter Standard ist. Dort wurden acht Prozent mehr Lohn bei zwölf Monaten Laufzeit und ein Sockelbetrag gefordert. Die Konzernleitung fuhr eine harte Linie: Null-Runde ist Maximum und es wurden Gegenforderungen aufgestellt. Jedes Zehntel mehr sollte mit Arbeitszeitverlängerung, Streichung von Bildschirm-pausen etc. kompensiert werden. Klar war also, dass der Weg zu den bundesweit geforderten 6,5 Prozent mehr

Lohn kein Spaziergang würde. Das war, zumindest verbal, auch die Position des Bundesfachbereichs.

Faktisch stellte sich die Lage anders dar. Die Schlichtungsvereinbarung bei der Telekom, die es dem Arbeitgeber ermöglicht, einseitig die Schlichtung anzurufen und damit einen Arbeitskampf zu behindern und zu spalten, wurde von ver.di nicht angetastet. Die Streikplanung war ein Spagat zwischen den Möglichkeiten des Streikfonds und der Notwendigkeit ökonomischen Drucks: Trotz anders lautender Rückmeldungen von der Basis wurden vor allem zwei- bis vierstündige Streiks ausgerufen, die in vielen Bereichen nicht durchführbar sind und die Mobilisierung massiv einschränkten.

In der regionalen Streikleitung haben wir versucht, eigene Akzente zu setzen. In Hessen wurde ein gemeinsamer Streiktag mit den Kollegen des Öffentlichen Dienstes geplant, wir haben versucht ganze Streiktage durchzusetzen und auch die Beamten mit einzubinden.

Der Abschluss kam recht schnell: Die Telekom rief für den am schwächsten organisierten Bereich, die Telekom AG, einseitig die Schlichtung an; das dort vorgeschlagene Ergebnis wurde dann Blaupause für den Rest des Konzerns.

### Vertrauensleute über Ergebnis unzufrieden

Nach dem Abschluss hat eine MV in Darmstadt zur Auswertung der Tarifaufeinandersetzung und zur Bewertung des Ergebnisses stattgefunden. Aus den Reihen der Kolleginnen und Kollegen gab es harsche Kritik an der Laufzeit von 24 Monaten, an der Erhöhung für 2012, die unterhalb der Inflationsrate liegt, und an der – freundlich formuliert – beschönigenden Darstellung des Ergebnisses in den offiziellen Informationen des Bundesfachbereichs. Viele Vertrauensleute fühlten sich verarscht.

Wir VL hatten das Tarifergebnis vor der MV unter Einbeziehung der Null-Monate, der Laufzeit und der Inflationsrate bewertet. Die Kolleginnen und Kollegen hatten also die Möglichkeit, sich ein ungeschöntes Bild des Abschlusses zu machen, was sicher auch zur kritischen Analyse beigetragen hat.

### „Super Ergebnis“ oder „nicht mehr drin“?

Das Tarifergebnis hat den Beschäftigten bei der Telekom einige strukturelle Verbesserungen, bzw. die teilweise Rücknahme struktureller Verschlechterungen vorangegangener Tarifrunden gebracht. Beispielsweise sind wir dem Ziel der Abschaffung leistungsabhängiger Lohnbestandteile einen gro-

ßen Schritt näher gekommen, indem diese faktisch nahezu vollständig in das Festentgelt überführt wurden. Materiell wurde aber auch in diesem Jahr der verteilungsneutrale Spielraum bei weitem nicht ausgeschöpft.

Man kann sicher darüber streiten, ob – unter Berücksichtigung von Organisationsgrad und Mobilisierungsfähigkeit – mehr als das Erreichte drin war. Diese Fragestellung würde aber wenigstens den Weg zu einer Diskussion eröffnen, wie wir als Gewerkschaft künftig durchsetzungsfähiger werden. Beschönigende Darstellungen sind jedenfalls nicht geeignet, eine entsprechende Auseinandersetzung zu initiieren.

In unserer Auswertung wurde deutlich: die Streikstrategie war nicht geeignet, um ökonomischen Druck aufzubauen. Der Organisationsgrad ist unzureichend, und vor allem braucht es arbeitende VL-Strukturen – sie sind der Schlüssel zur Mobilisierung und Organisation der Belegschaft!

Aus der Auswertung ergeben sich drei zentrale Handlungsfelder:

- Der Einfluss der VL auf Streikstrategie und Forderungsfindung muss gestärkt werden.
- Die Schlichtungsvereinbarungen müssen gekündigt werden.
- Die fachbereichs- und perspektivisch gewerkschaftsübergreifende Zusammenarbeit muss ausgebaut werden.

### **Welche Bedeutung soll die Gewerkschaftsbasis haben?**

Im Antrag des ver.di-Gewerkschaftsrates M001 „Perspektive 2015“ an den Bundeskongress, der sich mit Organisationsentwicklung beschäftigt, kommt der Begriff „Vertrauensleute“ genau einmal vor. Bei einem Text von sechs (!) A4-Seiten. Auch sonst spielen die Vertrauensleute (VL) bei den Gedanken zur Organisationsentwicklung eine untergeordnete Rolle.

Im Fachbereich Telekommunikation/IT (Fb 9) in Südhessen bildet die Entwicklung der VL-Arbeit den organisationspolitischen Schwerpunkt. Auf Ebene des Landesfachbereichs 9 in Hessen ist es gelungen, das Thema zu einem Arbeitsschwerpunkt 2012 zu machen.

### **Wie lässt sich die VL-Arbeit politisieren?**

In Südhessen bilden die klassenkämpferische Ausrichtung der VL-Arbeit und Entwicklung der VL-Strukturen eine Einheit. Bei Konferenzen werden betriebliche, gewerkschaftliche und gesellschaftspolitische Themen diskutiert und in Zusammenhang gebracht. Etwa ein Drittel bis die Hälfte unserer knapp 100 Vertrauensleute nimmt regelmäßig an solchen Konferenzen teil.

Über die Arbeit im ver.di-Bezirk und in den VL-Versammlungen bringen wir als DKP Themen der internationalen Solidarität ein: eine Solidaritätserklärung zum Stahlarbeiterstreik in Griechenland war ein Ergebnis davon. Im Oktober ist in Zusammenarbeit mit ver.di Südhessen eine Veranstaltung mit einem Vertreter der PAME zur Auswertung des Stahlarbeiterstreiks geplant. Das sehen wir als eine Möglichkeit, um gegen Standortnationalismus zu wirken.

Um die politische Bildung der Kolleginnen und Kollegen zu stärken und einen Beitrag zur Geschlossenheit zu leisten, sollen in Zukunft VL- und Mitgliederversammlungen stattfinden, bevor der Bundesfachbereich den Forderungsrahmen für die Tarifrunde herausgibt. Wir wollen selbst die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen analysieren und uns und die Kolleginnen und Kollegen auf die Auseinandersetzungen einstellen. Denn natürlich haben auch wir mit den üblichen Problemen zu kämpfen. Die Mobilisierungsfähigkeit bei Arbeitskämpfen, betrieblichen und politischen Aktionen muss deutlich verbessert werden.

### **Was kann die DKP tun?**

Um hier weiterzukommen, haben wir in diesem Frühsommer als DKP Darmstadt damit begonnen, politisch interessierte Vertrauensleute zu Treffen einzuladen. Dort wollen wir Ideen zur Entwicklung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsarbeit diskutieren, Schulungen organisieren und einen Beitrag leisten zur Strategieentwicklung vor Ort, im Betrieb, im Fachbereich und in ver.di insgesamt. Inhaltliche Ansätze liefert beispielsweise das Papier „Offensive Tarifpolitik“ des ver.di-Bezirks Südhessen. Oder die Orientierung der DKP auf die Verkürzung der Wochenarbeits-

zeit. Themen die vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise an Bedeutung gewinnen werden.

Als DKP wollen wir in kommenden Auseinandersetzungen offensiver auftreten. In Tarifaussensetzungen können wir durch praktische Solidarität das Durchhaltevermögen stärken; wir müssen den „Sozialpartner“ als Klassengegner benennen und deutlich machen, dass nur Organisation und Kampf zum Erfolg führt. Das ist die Aufgabe von Kommunisten: Kämpfe zu politisieren und zusätzlich zum ökonomischen Klassenbewusstsein auch Ansätze zu einem weitergehenden sozialistischen Klassenbewusstsein zu befördern.



# INHALT

<i>Renate Münder</i> Editorial.....	1
<i>Patrik Köbele</i> Zur Organisationspolitik der DKP .....	2
Stellungnahme des DKP-Landesvorstands Berlin zum Leitantrag des DKP-Parteivorstands.....	4
<i>Patrik Köbele</i> Zur Diskussion um den Leitantrag des PV .....	6
<i>Pablo Graubner</i> „Offensiv Proeuropäisch“ – zur ELP.....	7
<i>Sepp Aigner</i> Alternatives Europa? .....	9
<i>Udo Paulus</i> SYRIZA – die neue sozialdemokratische Variante .....	10
<i>Richard Corell</i> Euro-Krise: Abgrenzung gegen Rechts.....	12
<i>Toto Lyna</i> Die Rolle des deutschen Imperialismus in der Syrien-Krise.....	14
<i>Sebastian Carlens</i> Versagen, Vertuschungen, faustische Versuchungen	16
<i>Ludwig Jost</i> Kampfkraft und Solidarität dem Kapital geopfert .....	18
<b>Literaturtipp</b>	
<i>Johannes Magel</i> Linke und Nation .....	20
<b>Leserbrief</b>	
<i>Ingo Wagner</i> Wissenschaftlicher Sozialismus, nicht kleinbürgerlicher Sozialismus .....	21
<b>Wie muss sich die DKP verändern?</b>	
<i>Bernd Blümmel</i> Vertrauensleute als Basis kämpferischer Gewerkschaftsarbeit .....	22

# IMPRESSUM

[www.theoriepraxis.wordpress.com](http://www.theoriepraxis.wordpress.com)

## Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus  
in Wissenschaft und Politik,  
V. i. S. d. P.: Renate Münder, 81669 München

## Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate Münder,  
St.-Cajetan-Straße 20, 81669 München  
E-Mail: TundP-Box@web.de

**Druck:** Eigendruck

**Auflage:** 1400

**Einzelverkaufspreis:** Euro 1,50

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

**Michael Beltz,**  
**Spendenkonto Theorie und Praxis,**  
**Konto-Nr. 419 702,**  
**Sparkasse Gießen,**  
**BLZ: 513 500 25,**  
**IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,**  
**SWIFT-BIC: SKGIDE5F**

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per E-Mail an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter [www.theoriepraxis.wordpress.com](http://www.theoriepraxis.wordpress.com) verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar. Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.